



Weisung EAZW

Nr. 10.13.07.01 vom 1. Juli 2013 (Stand: 1. Januar 2025)

**Massnahmen gegen Zwangsheiraten und
erzwungene eingetragene Partnerschaften
sowie gegen Minderjährigenehen**

Zwangsheiraten und -partnerschaften sowie Minderjährigenehen

Weisung des Eidgenössischen Amtes für das Zivilstandswesen
gestützt auf Artikel 84 der Zivilstandsverordnung (ZStV)

Inhalt

1	Rechtsgrundlagen und System	5
1.1	ZGB, PartG, IPRG, ZStV, AIG, AsylG, StGB	5
1.2	Vorarbeiten zum Gesetz	5
1.3	Massnahmen gegen Zwangsheiraten und Minderjährigenehen	6
1.4	Erzwungene eingetragene Partnerschaften oder mit einer minderjährigen Person	8
1.5	Empirische Daten zur Problematik der Zwangsheiraten und den Minderjährigenehen	8
2	Begriff der Zwangsheirat und der Minderjährigenehe	8
2.1	Begriff der Zwangsheirat	8
2.2	Unterschied zwischen Zwangsheirat und Minderjährigenehe	9
2.3	Unterschied zwischen Zwangsheirat und arrangierter Heirat	9
3	Präventive Massnahmen gegen Zwangs- und Minderjährigenehen	10
3.1	Pflichten der Zivilstandsämter bei <i>offensichtlichen</i> Zwangsheiraten	10
3.2	Pflichten der Zivilstandsbehörden bei einem <i>Verdacht</i> auf Zwangsheirat	11
3.3	Pflichten der Zivilstandsämter anlässlich der Trauung	12
3.4	Pflichten der Zivilstandsämter bei einem Verdacht auf Zwangsheirat und rechtsmissbräuchliche Eheschliessung (Art. 97a ZGB)	13
3.5	Pflichten der Zivilstandsbehörden bei Minderjährigenehen	13
3.6	Pflichten der Zivilstandsbehörden bei der Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses	14
3.7	Musterbriefe für Verweigerungsverfügungen und Anzeigen	14
3.8	Zivilstand und Namen bei Verweigerung der Trauung	15
4	Nachträgliche Massnahmen gegen bereits geschlossene Zwangs- und Minderjährigenehen	15
4.1	Phänomen und Darstellung des geltenden Systems	15
4.2	Bestimmungen für den Fall, dass eine Zwangsheirat oder eine Minderjährigenehe entdeckt wird	17
4.3	Nichtanerkennung von Ehen mit einer minderjährigen Person unter 16 Jahren	18
4.4	Nichtanerkennung von Minderjährigenehen, wenn einer der Ehegatten in der Schweiz wohnhaft war	20
4.5	Verweigerung der Anerkennung offensichtlicher Zwangsheiraten und Minderjährigenehen von Personen unter 16 Jahren im Anwendungsbereich des FZA und des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation	21
4.6	Vorbehalt des FZA und des EFTA-Übereinkommens und anderer potenziell divergierender internationaler Verträge bei Minderjährigenehen	22
4.7	Anzeige bei den Strafverfolgungs- und Kinderschutzbehörden	23
4.8	Zivilstand und Namensführung bei einer Heirat, die im Ausland geschlossen und in der Schweiz nicht anerkannt wurde	23
4.9	Rechtliche Situation von Kindern, die in einer im Ausland geschlossenen und in der Schweiz nicht anerkannten Ehe geboren wurden	24

5	Ergänzende Informationen zu den Zwangsheiraten	25
5.1	Information und Unterstützung der Ehegatten	25
5.2	Studie «Zwangsheiraten» in der Schweiz: Ursache, Formen, Ausmass	25
6	Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen	26
6.1	Datum des Inkrafttretens	26
6.2	Am 1.1.2025 hängige Verfahren	26

Änderungstabelle

Änderungen vom 1. Februar 2014	NEU
Mit Ausnahme der nachstehend aufgeführten Punkte hat sich der materielle Inhalt der Weisungen nicht verändert.	
Neue Bestimmungen siehe:	Ziffer 1.3
Änderungen vom 1. Juni 2016	NEU
Die neue Bezeichnung Staatssekretariat für Migration (SEM) ersetzt die ehemalige Bezeichnung Bundesamt für Migration (BFM); Anna Neubauer/Janine Dahinden, «Zwangsheiraten» in der Schweiz: Ursachen, Formen, Ausmass, durchgeführt von der Universität Neuenburg im Auftrag des ehemaligen BFM.	Ziffer 1.3, 5.2 und 5.3; Fussnoten 34, 41, 43, 54, 69, 96 und 97.
Verweis auf die aktuelle Rechtsprechung. Keine Änderung der Praxis für die Zivilstandsbehörden.	Ziffer 4.3, Fussnote 80.
Änderungen zum 1. Januar 2025	NEU
Neufassung der Richtlinie aufgrund des Inkrafttretens der Änderung vom 14. Juni 2024 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten)	Alle Ziffern mit Ausnahme der Ziffern 3.3, 3.4, 3.6 bis 3.8, 5.1 und 5.3.

1 Rechtsgrundlagen und System

1.1 ZGB, PartG, IPRG, ZStV, AIG, AsylG, StGB

Am 15. Juni 2012 hat das Parlament das Bundesgesetz über Massnahmen gegen Zwangsheiraten¹ verabschiedet. Die Referendumsfrist ist am 4. Oktober 2012 unbenutzt abgelaufen. Am 27. März 2013 hat der Bundesrat beschlossen, diese Änderungen per 1. Juli 2013 in Kraft zu setzen. Am 14. Juni 2024 hat die Bundesversammlung Massnahmen gegen Minderjährigenehen beschlossen und damit das Zivilgesetzbuch (ZGB)², das Partnerschaftsgesetz (PartG)³, das Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht (IPRG)⁴, das Strafgesetzbuch (StGB)⁵ sowie das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG)⁶ und das Asylgesetz (AsylG)⁷ geändert. Die Referendumsfrist ist am 3. Oktober 2024 unbenutzt abgelaufen. Mit Beschluss vom 23. Oktober 2024 hat der Bundesrat diese Änderung auf den 1. Januar 2025 in Kraft gesetzt.

Die Umsetzung der Änderungen von 2013 hat zu Anpassungen der Zivilstandsverordnung⁸ geführt.

Auf die Verordnung vom 27. Oktober 1999 über die Gebühren im Zivilstandswesen (ZStGV)⁹ hatten die Gesetzesreformen hingegen keine Auswirkungen. Denn die Massnahmen gegen Zwangsheiraten und gegen Minderjährigenehen sind von öffentlichem Interesse; der Informationsaustausch zwischen den Zivilstandsbehörden und den anderen Behörden, insbesondere im Bereich des Kinderschutzes und des Strafrechts, ist somit von der Gebührenpflicht ausgenommen (siehe Art. 3 ZStGV).

1.2 Vorarbeiten zum Gesetz

Das Bundesgesetz über Massnahmen gegen Zwangsheiraten von 2013 gibt der am 23. Februar 2011 an das Parlament überwiesenen Botschaft des Bundesrates¹⁰ Folge. Die Revision

¹ BBl 2012 5937.

² Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (ZGB), SR 210.

³ Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare vom 18. Juni 2004, Partnerschaftsgesetz (PartG), SR 211.231.

⁴ Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht vom 18. Dezember 1987 (IPRG), SR 291.

⁵ Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (StGB), SR 311.0.

⁶ Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration vom 16. Dezember 2005 (AIG), SR 142.20.

⁷ Asylgesetz vom 26. Juni 1998 (AsylG), SR 142.31.

⁸ Zivilstandsverordnung vom 28. April 2004 (ZStV), SR 211.112.2; die geänderte Verordnung und die Erläuterungen zur Revision sind im Internet publiziert unter www.bj.admin.ch/content/bj/de/home/themen/gesellschaft/zivilstand/rechtsgrundlagen.html.

⁹ Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen vom 27. Oktober 1999 (ZStGV), SR 172.042.110.

¹⁰ Botschaft des Bundesrates vom 23. Februar 2011 zu einem Bundesgesetz über Massnahmen gegen Zwangsheiraten, BBl 2011 2185, im Internet publiziert unter www.admin.ch/ch/d/ff/2011/2185.pdf (nachfolgend: Botschaft 2011).

von 2024 folgt auf die Botschaft des Bundesrates, die am 23. August 2023 an das Parlament überwiesen wurde¹¹.

1.3 Massnahmen gegen Zwangsheiraten und Minderjährigenehen

Die Zivilstandsämter sind ausdrücklich verpflichtet zu prüfen, ob keine Umstände vorliegen, die darauf schliessen lassen, dass das Eheschliessungsgesuch offensichtlich nicht dem freien Willen der Verlobten entspricht¹².

Darüber hinaus sollten Ehen mit Minderjährigen bekämpft werden.

Die Eheschliessung in der Schweiz untersteht ausschliesslich schweizerischem Recht¹³. Das bedeutet, dass in der Schweiz keine Minderjährigenehen geschlossen werden können.

Im Ausland gültig geschlossene Ehen werden mit bestimmten Ausnahmen anerkannt. Zu den Ausnahmen gehören die besonderen Regeln, die für Minderjährigenehen gelten: Die Anerkennung von im Ausland geschlossenen Ehen wird verweigert, solange nicht beide Ehegatten das Alter von 16 Jahren vollendet haben oder wenn im Zeitpunkt der Eheschliessung einer der Ehegatten das Alter von 18 Jahren noch nicht vollendet hat und wenigstens ein Ehegatte Wohnsitz in der Schweiz hatte¹⁴. Die Einzelheiten werden in Ziffer 4.2 unten festgelegt.

Zwangsheiraten und Minderjährigenehen können zudem von Amtes wegen für ungültig erklärt werden¹⁵.

Des Weiteren sind die Zivilstandsbehörden zur Meldung bei der für die Klage auf Ungültigerklärung zuständigen Behörde verpflichtet, wenn sie Anlass zur Annahme haben, dass bei einer Ehe ein Ungültigkeitsgrund vorliegt¹⁶. Für die Klage gilt Schweizer Recht¹⁷.

Schliesslich sind die Zivilstandsbehörden gehalten, alle Straftaten, die sie bei ihrer amtlichen Tätigkeit feststellen, anzuzeigen¹⁸. Dies betrifft insbesondere die Zwangsehen, die als Fall qualifizierter Nötigung betrachtet und als Verbrechen eingestuft werden; strafbar sind im Fall von Zwangsheirat übrigens auch im Ausland begangene Taten¹⁹.

In Frage kommen namentlich folgende Straftaten²⁰:

- Verletzung der sexuellen Integrität²¹;
- Verbrechen oder Vergehen gegen die Familie²²;

¹¹ Botschaft des Bundesrates vom 23. August 2023 über die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten), BBl 2023 2127, im Internet publiziert unter www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2023/2127/de (nachfolgend: Botschaft 2023).

¹² Vgl. Art. 99 Abs. 1 Ziff. 3 ZGB und 66 Abs. 2 Bst. f ZStV.

¹³ Vgl. Art. 44 IPRG.

¹⁴ Vgl. Art. 45 Abs. 3 IPRG.

¹⁵ Vgl. Art. 105 Ziff. 5 und 105a ZGB.

¹⁶ Vgl. Art. 106 Abs. 1 ZGB, 9 Abs. 1 und 2 PartG, 16 Abs. 8 ZStV.

¹⁷ Vgl. Art. 45a IPRG.

¹⁸ Vgl. Art. 43a Abs. 3^{bis} ZGB, 16 Abs. 7 ZStV.

¹⁹ Vgl. Art. 181a StGB, der sowohl zivile als auch religiöse Zwangsheiraten als auch die erzwungene eingetragene Partnerschaft unter Strafe stellt sowie auch die Botschaft 2011, Ziff. 2.3.

²⁰ Vgl. Art. 65 Abs. 2 ZStV.

²¹ Vgl. Art. 187–200 StGB.

²² Vgl. Art. 213–220 StGB.

- Urkundenfälschung²³;
- Verstösse gegen Art. 115 bis 122 AIG.

Konkret bedeutet dies, dass die Zivilstandsbehörden die Tatsachen melden, die sie feststellen. Die juristische Qualifikation dieser Tatsachen obliegt dagegen den Strafverfolgungsbehörden.

Im Rahmen von Kindesanerkennungen oder der Registrierung von Geburten sind unregelmässige Aufenthalte nicht zur Anzeige zu bringen. Diese Weisung erfolgt im Einverständnis mit dem Staatssekretariat für Migration (SEM).

Die Bundesverfassung²⁴ und verschiedene internationale Übereinkommen²⁵ verpflichten zu einer raschen Eintragung aller Geburten ohne Ausnahme²⁶. Diese Pflicht wird im ZGB²⁷, der Zivilstandsverordnung²⁸ sowie Weisungen und Kreisschreiben des EAZW²⁹ konkretisiert.

Eine Strafanzeige könnte dazu führen, dass Betroffene ihre Kinder nicht anerkennen, oder dass werdende Mütter bei der Geburt auf medizinische Pflege verzichten und so unter Umständen sich oder das Kind gefährden.

Das Gesetz verpflichtet die Zivilstandsbehörden, sowohl die Geburten zu erfassen, als auch unregelmässige Aufenthalt zur Strafanzeige zu bringen. Diese Pflichten widersprechen sich. Die Interessenabwägung führt zum Ergebnis, dass die Pflicht zur Registrierung der Geburt oder der Elternschaft wichtiger ist als die Pflicht, einen unregelmässigen Aufenthalt zur Strafanzeige zu bringen.

Gestützt auf diese Ausführungen erlischt die Pflicht zur Strafanzeige wegen unregelmässigem Aufenthalt, und die Zivilstandsbehörden verstossen nicht gegen ihre Anzeigepflicht, wenn sie auf eine Strafanzeige verzichten³⁰.

²³ Vgl. Art. 251–257 StGB.

²⁴ Vgl. die Art. 7, 14, 37, 38 und 122 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (BV), SR 101.

²⁵ Vgl. die Art. 8, 12, und 14 der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (EMRK; SR 0.101), Art. 24 des Internationalen Paktes über die bürgerlichen und politischen Rechte vom 16. Dezember 1966 (SR 0.103.2), und die Art. 2, 4, 7 und 8 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989 (UN-KRK; SR 0.107). Art. 7 Abs. 1 UN-KRK lautet: «Das Kind ist unverzüglich nach seiner Geburt in ein Register einzutragen und hat das Recht auf einen Namen von Geburt an, das Recht eine Staatsangehörigkeit zu erwerben, und soweit möglich das Recht, seine Eltern zu kennen und von ihnen betreut zu werden». Dieser Artikel ist direkt anwendbar und kann vor jeder Behörde angerufen werden (vgl. BGE 125 I 257). Die Schweiz hat sich verpflichtet, alle diesbezüglich notwendigen Massnahmen zu ergreifen (Art. 2 Abs. 2, 3 Ziff. 4 sowie 4 und 7 UN-KRK).

²⁶ Vgl. den Bericht des Bundesrates «Beurkundung der Geburt ausländischer Kinder» vom 6. März 2009 in Erfüllung des Postulates 06.3861 Vermot-Mangold «Kinder ohne Identität in der Schweiz» vom 20. Dezember 2006, namentlich Ziff. 2.2 und 6.1 ff.

²⁷ Vgl. die Art. 9, 33, 39 bis 49 und 252 ff. ZGB.

²⁸ Vgl. die Art. 7–9, 15–17, 19, 20, 34, 35 und 91 ZStV.

²⁹ Vgl. namentlich die Weisungen Nr. 10.08.10.01 «Aufnahme ausländischer Personen in das Personenstandsregister» und die Weisung Nr. 20.08.10.01 «Beurkundung der Geburt eines ausländischen Kindes ausländischer Eltern, deren Daten im Personenstandsregister nicht abrufbar sind».

³⁰ Vgl. Art. 14 und 305 StGB; siehe auch BGE 130 IV 7, E. 7.

1.4 Erzwungene eingetragene Partnerschaften oder mit einer minderjährigen Person

Von der Zwangsproblematik waren bisher ausschliesslich die Eheschliessungen betroffen. Fälle erzwungener eingetragener Partnerschaften oder von Partnerschaften mit einer minderjährigen Person sind bis jetzt keine bekannt. Dessen ungeachtet sind zur Vermeidung von Missbräuchen analoge Bestimmungen für die eingetragene Partnerschaft vorgesehen, die sowohl zivil- als auch strafrechtlich sanktioniert werden³¹.

Gemäss dem Willen des Gesetzgebers wird die eingetragene Partnerschaft – die der Ehe entsprechende Rechte und Pflichten begründet – mit der Ehe gleichgesetzt und mit denselben Massnahmen geschützt³². Die vorliegenden Erläuterungen zur Eheschliessung sind dementsprechend auch auf die eingetragene Partnerschaft anwendbar.

1.5 Empirische Daten zur Problematik der Zwangsheiraten und den Minderjährigenehen

Das sozioökonomische Profil der von Zwangsheiraten und Minderjährigenehen betroffenen Personen ist äusserst uneinheitlich. Allgemein herrscht aber Einigkeit darüber, dass es sich um eine mit transnationalen Aspekten verbundene Form der häuslichen Gewalt handelt³³. Was das Ausmass des Phänomens betrifft, so wurden in einer Studie für den Zeitraum vom 1. Juli 2013 bis zum 31. Dezember 2017 145 Verdachtsfälle von Zwangsheirat und 226 Verdachtsfälle von Minderjährigenehen ermittelt; zwei Klagen auf Annullierung der Ehe aufgrund von Zwang und zehn Klagen aufgrund der Minderjährigkeit der Ehegatten wurden eingereicht³⁴.

2 Begriff der Zwangsheirat und der Minderjährigenehe

2.1 Begriff der Zwangsheirat

Gemäss dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte darf eine Ehe «nur im freien und vollen Einverständnis der künftigen Ehegatten geschlossen werden»³⁵.

Das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau gewährt den Frauen ausserdem «gleiches Recht auf Eheschliessung» und «gleiches Recht auf freie Wahl des Ehegatten sowie auf Eheschliessung nur mit freier und voller Zustimmung»³⁶.

Demnach darf niemand, weder Mann noch Frau, gegen seinen oder ihren Willen verheiratet werden.

³¹ Vgl. Art. 9–9b, 10 und 37b PartG und Art. 181a StGB sowie die Botschaft 2023, Ziff. 5.4.

³² Botschaft 2011, Ziff. 1.3, 1.5 und 2.1 ad Art. 6 und 9 PartG.

³³ Siehe die Studie «Zwangsheiraten» in der Schweiz: Ursachen, Formen, Ausmass, von Anna Neubauer und Janine Dahinden der Universität Neuenburg durchgeführt. Die Studie ist im Internet publiziert unter www.sem.admin.ch/dam/data/sem/publiservice/publikationen/zwangsheirat/zus-zwangsheirat-d.pdf.

³⁴ Botschaft 2023, Ziff. 1.1.6.

³⁵ Vgl. Art. 23 Abs. 3 UNO-Pakt II (SR 0.103.2).

³⁶ Vgl. Art. 16 Abs. 1 Bst. a und b (SR 0.108).

Konkret ist jede Person frei, die Ehe zu schliessen oder nicht, und gegebenenfalls den Ehegatten oder die Ehegattin zu wählen³⁷. Diese Freiheit kann auch mit dem Recht auf persönliche Freiheit³⁸ und dem Verbot der Diskriminierung wegen der Lebensform³⁹ in Verbindung gebracht werden.

Jede Person ist damit frei, allein oder in einer Paarbeziehung zu leben, gegebenenfalls den Bund der Ehe einzugehen (oder eine eingetragene Partnerschaft einzugehen, sofern dies die betroffene Rechtsordnung erlaubt) oder in einer nichtehelichen Gemeinschaft (Konkubinat) zu leben.

Negativ definiert gilt als Zwangsheirat demnach eine Ehe, die ohne das Einverständnis der Eheleute oder eines der Ehegatten geschlossen worden ist.

Der Umfang des Begriffs der Zwangsheirat wird in Artikel 181a StGB, der 2013 eingeführt und 2024 angepasst wurde, weiter präzisiert:

«Wer jemanden durch Gewalt oder Androhung ernstlicher Nachteile oder durch andere Beschränkung seiner Handlungsfreiheit nötigt, eine zivile oder religiöse Ehe einzugehen oder eine Partnerschaft eintragen zu lassen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft.»

2.2 Unterschied zwischen Zwangsheirat und Minderjährigenehe

Zu unterscheiden ist zwischen einer Zwangsheirat und einer Minderjährigenehe. Bei einer Zwangsheirat wird die Verbindung gegen den freien Willen eines oder beider Ehegatten geschlossen. Dabei bedeutet die blossе Tatsache, dass mindestens einer der beiden Verlobten noch nicht 18 Jahre alt ist, nicht zwangsläufig, dass eine Zwangsheirat vorliegt, da die Ehe nicht zwingend gegen den Willen des Minderjährigen geschlossen wurde. Es wäre daher nicht richtig, sämtliche Minderjährigenehen als Zwangsheirat zu qualifizieren, genauso wie es Zwangsheiraten gibt, die keine Ehen mit einem Minderjährigen sind.⁴⁰

2.3 Unterschied zwischen Zwangsheirat und arrangierter Heirat

Entsprechend muss unterschieden werden zwischen (verbotenen) Zwangsheiraten und arrangierten Heiraten, bei denen die Wahlfreiheit der Verlobten nicht eingeschränkt wird.

Das entscheidende Argument des Gesetzgebers bei der Beratung der Motion Heberlein Trix (06.3658) «Massnahmen gegen Zwangsheiraten und arrangierte Heiraten» im Parlament lautete wie folgt⁴¹:

³⁷ Diese Rechte leiten sich ebenfalls vom in der BV (Art. 14) und in der EMRK (Art. 12) verankerten Recht auf Ehe ab.

³⁸ Vgl. Art. 10 BV.

³⁹ Vgl. Art. 8 Abs. 2 BV.

⁴⁰ Botschaft 2023, Ziff. 1.1.2.3.

⁴¹ Siehe die Intervention von Bundesrätin Widmer-Schlumpf am 2. Juni 2008 im Ständerat; AB 2008 S 355.

«Nach Ansicht des Bundesrates besteht Handlungsbedarf einzig in Bezug auf Zwangsheiraten, weil sie das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen verletzen. Demgegenüber kann eine arrangierte Heirat, wenn sie nicht mit Zwang verbunden ist, zu einer selbstbestimmten Ehe führen. Der freie Wille der Betroffenen ist in einem solchen Fall unberührt.»

Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die Unterscheidung in der Realität schwer vollziehbar ist⁴².

Unter Berücksichtigung des Gesetzeszwecks und der Strafbarkeit der nunmehr als Verbrechen eingestuften Zwangsheiraten sind die Zivilstandsämter im Zweifel gehalten, die festgestellten Tatsachen den Strafverfolgungsbehörden anzuzeigen. Diese können gestützt auf die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel bestimmen, ob eine Zwangsheirat vorliegt, und die Opfer, wenn erforderlich schützen (siehe Ziff. 3.2 hiernach).

3 Präventive Massnahmen gegen Zwangs- und Minderjährigenehen

3.1 Pflichten der Zivilstandsämter bei offensichtlichen Zwangsheiraten

Gemäss dem Wortlaut des Gesetzes muss das Zivilstandsamt die Fälle von Zwangsheirat nicht systematisch aufdecken, sondern prüfen, «ob keine Umstände vorliegen, die erkennen lassen, dass das Gesuch *offensichtlich* nicht dem freien Willen der Verlobten entspricht»⁴³.

Auch wenn in empirischen Studien nachgewiesen worden ist, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen öfter mit der Problematik der Zwangsheirat konfrontiert sind⁴⁴, muss die Zivilstandsbeamtin oder der Zivilstandsbeamte nicht systematisch abklären, ob eine solche Heirat vorliegt, insbesondere wenn die Verlobten aus einer der am meisten betroffenen Bevölkerungsgruppen stammen.

Dieses Vorgehen würde nicht nur dem Willen des Gesetzgebers widersprechen, sondern unter anderem auch einen schweren Verstoss gegen das Verbot der Diskriminierung wegen der Herkunft oder der sozialen Stellung⁴⁵ darstellen.

Die Massnahmen gegen Zwangsheiraten sind nicht neu. Seit jeher hat die Zivilstandsbeamtin oder der Zivilstandsbeamte die Mitwirkung zu verweigern, wenn die Ehe nicht im freien Einverständnis der Verlobten geschlossen wird.

Im Rahmen der dringlichen Massnahmen gegen die Zwangsheiraten hat der Bundesrat in Artikel 65 ZStV bereits den neuen Absatz 1^{bis} eingefügt, der am 1. Januar 2011 in Kraft getreten ist. Die Bestimmung lautet wie folgt:

«Die Zivilstandsbeamtin oder der Zivilstandsbeamte macht die Verlobten darauf aufmerksam, dass die Eheschliessung ihren freien Willen voraussetzt.»

⁴² Vgl. die Studie «Zwangsheiraten» in der Schweiz: Ursachen, Formen, Ausmass (a.a.O.).

⁴³ Vgl. Art. 99 Abs. 1 Ziff. 3 ZGB und 66 Abs. 2 Bst. f ZStV.

⁴⁴ Vgl. die Studie «Zwangsheiraten» in der Schweiz: Ursachen, Formen, Ausmass (a.a.O.).

⁴⁵ Vgl. Art. 8 Abs. 2 BV.

Konkret werden die Verlobten auf die Straffolgen der Zwangsheirat hingewiesen⁴⁶, wenn sie das Formular «*Erklärung betreffend die Voraussetzungen für die Eheschliessung (Art. 98 Abs. 3 ZGB)*» ausfüllen.

Das Zivilstandsamt muss somit seine Mitwirkung verweigern, wenn derartige Umstände *offensichtlich*, d.h. klar und deutlich, zu erkennen sind.

Mit anderen Worten muss augenfällig sein, wie gegenüber einer oder beiden verlobten Personen Gewalt oder Druck ausgeübt wird. Entweder sind die Gewalt und der Druck dem Personal des Amtes aufgefallen (z.B. üben Personen, welche die Verlobten aufs Amt begleiten, Druck aus), oder eine oder beide verlobten Personen oder Dritte haben dem Personal davon berichtet.

Im Gegensatz zum Verfahren, das zur Bekämpfung von Scheinehen eingeführt wurde (siehe allerdings den Fall unter Ziff. 3.4 hiernach)⁴⁷, hört die Zivilstandsbeamtin oder der Zivilstandsbeamte die Verlobten nicht an, sondern meldet die festgestellten Tatsachen unverzüglich den Strafverfolgungsbehörden⁴⁸. Die Einzelheiten sind unter den Ziffern 3.2 und 3.7 hiernach geregelt.

3.2 Pflichten der Zivilstandsbehörden bei einem *Verdacht* auf Zwangsheirat

Mit der Revision, die am dem 1. Juli 2013 in Kraft getreten ist, wurden die Zivilstandsbehörden verpflichtet, alle Straftaten, die sie bei ihrer Tätigkeit feststellen, der zuständigen Behörde anzuzeigen⁴⁹. Sie müssen namentlich den Strafverfolgungsbehörden die Umstände anzeigen, die Tatbestandsmerkmal einer versuchten Zwangsheirat sein könnten; dies deshalb, weil auch der blosse Versuch strafbar ist⁵⁰.

Die Strafverfolgungsbehörden treffen umgehend die nötigen Massnahmen zum Schutz des oder der Opfer⁵¹. Bei Bedarf sind diese Massnahmen auf das eventuell gefährdete Personal der Zivilstandsbehörden auszuweiten.

Als Zivilstandsbehörden gelten die Zivilstandsämter, die kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen sowie das Eidgenössische Amt für das Zivilstandswesen; soweit die Schweizer Vertretungen im Ausland beim Ehevorbereitungsverfahren mitgewirkt haben⁵², ist das betroffenen Personen ebenfalls angemessen zu schützen.

Sollten mehrere Zivilstandsbehörden gleichzeitig von einem Fall von Zwangsheirat Kenntnis erlangen (z.B. die beiden Zivilstandsämter am jeweiligen Wohnsitz der beiden Verlobten oder das Zivilstandsamt und seine Aufsichtsbehörde), so sind grundsätzlich alle gehalten, die Straftat den Strafverfolgungsbehörden anzuzeigen.

⁴⁶ Vgl. Art. 65 Abs. 2 ZStV.

⁴⁷ Vgl. Art. 97a ZGB und 74a ZStV.

⁴⁸ Vgl. Art. 43a Abs. 3^{bis} ZGB und 16 Abs. 7 ZStV.

⁴⁹ Vgl. Art. 43a Abs. 3^{bis} ZGB und 16 Abs. 7 ZStV.

⁵⁰ Vgl. Art. 22 und 181a StGB sowie die Botschaft 2011, Ziff. 2.1 ad Art. 99 ZGB.

⁵¹ Vgl. Art. 16 Abs. 7 ZStV.

⁵² Vgl. Art. 5 Abs. 1 Bst. c ZStV.

Aus praktischen Gründen steht es ihnen frei zu entscheiden, ob nur eine Behörde die verfügbaren Informationen zwecks Weiterleitung an die Strafverfolgungsbehörden sammelt. In diesem Fall wird eine Kopie der Anzeige an die anderen betroffenen Zivilstandsbehörden gesandt. Zwar ist auch das Personal der schweizerischen Vertretungen im Ausland verpflichtet, die bei der Bearbeitung eines Eheschliessungsgesuchs festgestellten Straftaten anzuzeigen⁵³. Aus denselben praktischen Gründen ist aber vorzusehen, dass die Zivilstandsbehörden im Inland die Anzeige erstatten.

Die kantonale Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen am Sitz des für das Ehevorbereitungsverfahren zuständigen Zivilstandsamts kann die Zivilstandsbehörde benennen, welche die Anzeige an die Strafverfolgungsbehörden weiterleiten soll.

Ob ein Versuch der Zwangsheirat vorliegt, wird schliesslich, je nach Vorsatz des Täters oder der Täter und nach Grad der Erfüllung der Straftat, von den Strafverfolgungsbehörden bestimmt. Allein diese sind dafür zuständig.

In Erfüllung ihrer Anzeigepflicht müssen die Zivilstandsbehörden zudem *nicht nur in offensichtlichen Fällen* Anzeige erstatten (siehe Ziff. 3.1 hievor), sondern die festgestellten Tatsachen *auch bei Zweifeln in Bezug auf das Vorliegen einer Zwangsheirat* den Strafverfolgungsbehörden anzeigen und die Trauung verweigern⁵⁴.

Die Anzeige ist bei der Staatsanwaltschaft des Kantons am Sitz der Zivilstandsbehörde zu erstatten, welche die Feststellungen getroffen hat. Der Anzeige beizulegen ist eine Kopie der Akten betreffend die Vorbereitung der Eheschliessung. Auf Anfrage teilt die Strafverfolgungsbehörde der Zivilstandsbehörde mit, ob ein Strafverfahren eingeleitet und wie es erledigt wird⁵⁵.

Aufgrund der Unabhängigkeit der Zivilrechts-, Strafrechts- und Verwaltungsbehörden führt die Einstellung des Strafverfahrens nicht zwingend dazu, dass einer Wiederaufnahme des Ehevorbereitungsverfahrens oder einem erneuten Eheschliessungsgesuch derselben Personen entsprochen wird. Denn deren Entlastung kann auf Gründen beruhen, die für das Zivilstandswesen nicht massgeblich sind (die Schuldunfähigkeit der betreffenden Person oder deren Irrtum über die Rechtswidrigkeit ihres Verhaltens können zu einer Verfahreneinstellung oder einem Freispruch führen, obwohl die Voraussetzungen für eine Zwangsheirat objektiv erfüllt sind).

3.3 Pflichten der Zivilstandsämter anlässlich der Trauung

Eine Zwangsheirat kann sowohl während des Ehevorbereitungsverfahrens als auch anlässlich der Trauung erkannt werden. Es ist ausserdem wichtig, dass die Zivilstandsbeamtin oder der Zivilstandsbeamte, die oder der die Trauung vornehmen soll und möglicherweise das Vorbereitungsverfahren nicht selbst durchgeführt hat⁵⁶, die Trauung verweigern kann, wenn die Umstände erst zu diesem Zeitpunkt auf eine Zwangsheirat schliessen lassen.

⁵³ Vgl. Art. 22a BPG und 302 StPO.

⁵⁴ Vgl. Art. 67 Abs. 3 und 71 Abs. 5 ZStV.

⁵⁵ Vgl. Art. 16, 22, 31 und 301 StPO.

⁵⁶ Vgl. Art. 99 Abs. 3 ZGB und 67 Abs. 2 ZStV.

In offensichtlichen Fällen einer Zwangsheirat verweigert die Zivilstandsbeamtin oder der Zivilstandsbeamte die Mitwirkung, erklärt die Trauungsermächtigung für ungültig (durch das Verwerfen des Geschäftsfalles «Eheschliessung» in Infostar) und setzt die Verlobten sowie die Zivilstandsbeamtin oder den Zivilstandsbeamten, die oder der das Ehevorbereitungsverfahren durchgeführt hat, durch eine formelle Verfügung darüber in Kenntnis. Die Verfügung wird den betroffenen Personen gemäss dem Verfahren unter Ziffer 3.7 hiernach eröffnet.

Bei einem Verdacht auf Zwangsheirat wird das Verfahren sistiert; im Übrigen wird sinngemäss auf Ziffer 3.2 hievor verwiesen.

3.4 Pflichten der Zivilstandsämter bei einem Verdacht auf Zwangsheirat und rechtsmissbräuchliche Eheschliessung (Art. 97a ZGB)

Gemäss den Materialien zum Bundesgesetz über Massnahmen gegen Zwangsheiraten⁵⁷ muss die Zivilstandsbeamtin oder der Zivilstandsbeamte die Mitwirkung verweigern, wenn eine Eheschliessung unter Zwang und zugleich missbräuchlich erfolgen könnte, und den Fall den Strafbehörden anzeigen. Grundsätzlich führt sie oder er somit keine Anhörung der Verlobten im Sinne von Artikel 97a ZGB durch.

Allerdings werden möglicherweise erst bei der Anhörung der Verlobten Umstände erkennbar, die auf eine Zwangsheirat schliessen lassen, weil sich eine oder einer der Verlobten bei dieser Gelegenheit der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten anvertraut.

Wird nach Abschluss der strafrechtlichen Untersuchung verneint, dass es sich um eine Zwangsheirat handelt, so prüft die Zivilstandsbeamtin oder der Zivilstandsbeamte, ob die Eheschliessung nicht gestützt auf Artikel 97a ZGB zu verweigern ist.

Siehe ebenfalls die Weisungen EAZW 10.07.12.01 «Rechtmisbräuchliche Eheschliessungen und Partnerschaften» vom 5. Dezember 2007⁵⁸.

3.5 Pflichten der Zivilstandsbehörden bei Minderjährigenehen

Seit der Revision, die am 1. Juli 2013 in Kraft getreten ist, untersteht die Eheschliessung ausschliesslich schweizerischem Recht⁵⁹. Es ist deshalb beispielsweise nicht mehr möglich, in der Schweiz gestützt auf ausländisches Recht Personen unter achtzehn Jahren zu verheiraten.

Erfahren die Zivilstandsbehörden davon, dass Minderjährige eventuell im Ausland verheiratet werden sollen, so müssen sie dies im Falle einer potenziellen Zwangsheirat⁶⁰ den Strafverfolgungsbehörden und den Kinderschutzhörden am Wohnsitz des Kindes⁶¹ anzeigen. Denn

⁵⁷ Siehe Botschaft 2011, Ziff. 2.1 ad Art. 99 ZGB.

⁵⁸ Publiziert unter www.eazw.admin.ch.

⁵⁹ Vgl. Art. 44 IPRG.

⁶⁰ Vgl. Art. 43a Abs. 3^{bis} ZGB und 16 Abs. 7 ZStV.

⁶¹ Vgl. Art. 315 ZGB und 50 Abs. 3 ZStV.

die Straftat der Zwangsheirat ist auch dann strafbar, wenn sie im Ausland begangen oder versucht wird⁶²; gegebenenfalls sind überdies Massnahmen zum Schutz des betroffenen Kindes oder der betroffenen Kinder zu treffen⁶³.

3.6 Pflichten der Zivilstandsbehörden bei der Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses

Die obigen Vorschriften gelten sinngemäss bei Hinweisen auf eine Zwangsheirat im Rahmen der Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses⁶⁴.

Im konkreten Fall verweigern die Zivilstandsbehörden die Ausstellung dieses Zeugnisses und zeigen die Tatsachen den Strafverfolgungsbehörden an. Um den Schutz der betroffenen Personen sicherzustellen, wird ihnen die Verweigerung durch die Strafverfolgungsbehörden mitgeteilt. Siehe ebenfalls die Ausführungen unter den Ziffern 3.1 bis 3.5 und 3.7.

Gemäss den verfügbaren empirischen Daten⁶⁵ werden zahlreiche Zwangsehen nicht in der Schweiz, sondern im Ausland geschlossen. Dementsprechend ist den Massnahmen gegen Zwangsheiraten bei der Ausstellung von Ehefähigkeitszeugnissen sowie bei der Anerkennung von im Ausland geschlossenen Ehen eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken (siehe Ziff. 4.1 ff. hiernach). Die Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses ist insbesondere ausgeschlossen, wenn einer der Verlobten minderjährig ist oder wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass das Gesuch offensichtlich nicht Ausdruck des freien Willens der Verlobten ist.⁶⁶

3.7 Musterbriefe für Verweigerungsverfügungen und Anzeigen

Im Anhang befinden sich Musterbriefe für Verfügungen zuhanden der Verlobten und für die Erstattung einer Anzeige bei den Strafverfolgungsbehörden. Zum Schutz der Opfer, zur Wahrung des Untersuchungsgeheimnisses und der Rechte der Verfahrensparteien wird die Verfügung betreffend die Verweigerung der Eheschliessung oder die Sistierung des Verfahrens den Strafverfolgungsbehörden übermittelt. Diese sind anzuhalten, die Verfügung den betroffenen Personen zusammen mit der Eröffnung der Strafuntersuchung zu überreichen. Die Strafverfolgungsbehörden sind namentlich verpflichtet, umgehend die nötigen Schutzmassnahmen zu treffen⁶⁷. Dabei geht es vor allem darum, die potenziellen Opfer zum Zeitpunkt der Eröffnung der Untersuchung hinsichtlich einer allfälligen Zwangsheirat angemessen zu schützen.

Vor diesem Hintergrund verweigern die Zivilstandsbehörden den betroffenen Personen Auskünfte, ohne den Sachverhalt vorgängig den Strafverfolgungsbehörden unterbreitet zu haben. Die Strafverfolgungsbehörden ihrerseits sind anzuhalten, die Verfügung der Zivilstandsbehörden den betroffenen Personen persönlich zu überreichen oder in einer anderen Weise zukommen zu lassen, die Gewähr für deren Schutz bietet.

⁶² Vgl. Art. 181a StGB, der sowohl die Zwangsheirat als auch die erzwungene eingetragene Partnerschaft unter Strafe stellt.

⁶³ Vgl. Art. 315 ZGB und 50 Abs. 3 ZStV.

⁶⁴ Vgl. Art. 75 Abs. 2 ZStV.

⁶⁵ Vgl. die Studie «Zwangsheiraten» in der Schweiz: Ursachen, Formen, Ausmass (a.a.O.).

⁶⁶ Vgl. Art. 75 Abs. 2 i.V.m. Art. 66 Abs. 2 Bst. c und f ZStV.

⁶⁷ Vgl. Art. 16 Abs. 7 ZStV.

Bei einer offensichtlichen Zwangsheirat (siehe Ziff. 3.1 hievov) verweigert die Zivilstandsbeamtin oder der Zivilstandsbeamte die Trauung⁶⁸; bei einem Verdacht auf eine Zwangsheirat wird das Verfahren während der Strafuntersuchung sistiert; je nach Ausgang des Strafverfahrens (siehe Ziff. 3.2 hievov) nimmt die Zivilstandsbeamtin oder der Zivilstandsbeamte das Ehevorbereitungsverfahren wieder auf oder verweigert die Trauung endgültig⁶⁹.

Die Verweigerungs- oder Sistierungsverfügung ist jeweils beschwerdefähig. Die Beschwerdefrist beginnt mit der Eröffnung der Verfügung durch die Strafverfolgungsbehörden⁷⁰.

Zur Gewährleistung einer schweizweit einheitlichen Praxis hat der Inhalt der Musterbriefe für Verfügungen und Anzeigen Weisungscharakter; die Musterbriefe sind also zwingend zu verwenden.

3.8 Zivilstand und Namen bei Verweigerung der Trauung

Wird die Trauung verweigert, so ist der Zivilstand der von der Zwangsheirat betroffenen Personen nicht zu ändern. Die «Verlobten» behalten den Zivilstand und den Namen, den sie zum Zeitpunkt der Einleitung des Ehevorbereitungsverfahrens hatten (z. B. «ledig»).

4 Nachträgliche Massnahmen gegen bereits geschlossene Zwangs- und Minderjährienehen

4.1 Phänomen und Darstellung des geltenden Systems

Gegen *nachträglich* entdeckte Zwangs- und Minderjährienehen sind Massnahmen zu ergreifen.

Gemäss den verfügbaren empirischen Daten⁷¹ werden zahlreiche Zwangsehen nicht in der Schweiz, sondern im Ausland geschlossen. Ab dem 1. Juli 2013 können in der Schweiz Ehen nur noch nach schweizerischem Recht geschlossen werden⁷², was bedeutet, dass Minderjährienehen in der Schweiz verboten sind und die verbleibenden Fälle *de facto* internationale Sachverhalte sind.⁷³

Dementsprechend ist den Massnahmen gegen Zwangsheiraten bei der Anerkennung von im Ausland geschlossenen Ehen eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Das geltende System sieht seit 2025 wie folgt aus.

Ehen mit einer minderjährigen Person:

⁶⁸ Vgl. Art. 67 Abs. 3 ZStV.

⁶⁹ Vgl. Art. 67 Abs. 3 ZStV.

⁷⁰ Vgl. Art. 90 ZStV.

⁷¹ Vgl. die Studie «Zwangsheiraten» in der Schweiz: Ursachen, Formen, Ausmass (a.a.O.).

⁷² Vgl. Art. 44 IPRG; siehe Ziff. 3.5 hievov.

⁷³ Vgl. die Botschaft 2023, Ziff. 1.1.4.1.

Das Eingehen einer gültigen Ehe mit einer minderjährigen Person ist in der Schweiz nicht möglich. Sollte eine solche Ehe dennoch in unserem Land geschlossen werden, beispielsweise durch die Verwendung gefälschter Dokumente, muss die Verbindung gemäss Artikel 105a ZGB von Amts wegen für ungültig erklärt werden und die Zivilstandsbehörden müssen der zuständigen Behörde eine entsprechende Meldung machen, damit diese die Ungültigkeitsklage erheben kann.

Die Anerkennung von im Ausland geschlossenen Ehen wird verweigert, solange beide Ehegatten das Alter von 16 Jahren noch nicht vollendet haben oder wenn zum Zeitpunkt der Eheschliessung einer der Ehegatten das Alter von 18 Jahren noch nicht vollendet hatte und mindestens einer von beiden Wohnsitz in der Schweiz hatte⁷⁴. Zu beachten ist, dass die Anwendung internationaler Abkommen wie das Freizügigkeitsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft⁷⁵ und das EFTA-Übereinkommen⁷⁶ der Verweigerung einer Anerkennung entgegenstehen kann.

Wenn die betroffene Person dagegen zum Zeitpunkt der Eheschliessung unter 16 Jahre alt war, aber zum Zeitpunkt der Prüfung das 16. Lebensjahr vollendet hatte, kommt Artikel 105a ZGB zur Anwendung, und es kommt zu einem Ungültigkeitsverfahren, jedenfalls soweit nicht die Voraussetzungen der anderen Ausnahme erfüllt sind und einer der Ehegatten in der Schweiz Wohnsitz hatte; die Zivilstandsbehörden müssen der zuständige Behörde eine Meldung machen, damit diese die Ungültigkeitsklage erheben kann.

Zudem werden die Kinderschutzbehörden benachrichtigt sowie – bei Verdacht auf eine strafbare Handlung – die Strafverfolgungsbehörden. Für die Einzelheiten dazu siehe Ziffern 3.2, 4.2, 4.3, 4.4, 4.6 und 4.7.

Zwangsheiraten:

Zwangsheiraten müssen gemäss Artikel 105 Ziffer 5 ZGB von Amtes wegen für ungültig erklärt werden; die Zivilstandsbehörden müssen der zuständigen Behörde eine Meldung machen, damit diese die Ungültigkeitsklage erheben kann; die Strafverfolgungsbehörden werden ebenfalls benachrichtigt. Siehe Ziffern 1.3, 4.2 und 4.7.

Zu erwähnen ist ausserdem der Fall, dass eine der verlobten Personen das Schweizer Bürgerrecht besitzt oder beide verlobte Personen ihren Wohnsitz in der Schweiz haben; in einem solchen Fall wird eine im Ausland geschlossene Ehe nicht anerkannt, wenn die Eheschliessung im Ausland in der offenbaren Absicht erfolgte, die Bestimmungen des schweizerischen Rechts über die Eheungültigkeit zu umgehen⁷⁷. Für Einzelheiten wird auf die Ziffern 4.2 und 4.5 verwiesen.

⁷⁴ Vgl. Art. 45 Abs. 3 IPRG.

⁷⁵ Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21. Juni 1999, (FZA) SR 0.142.112.681.

⁷⁶ Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), SR 0.632.31 (nachfolgend: EFTA-Übereinkommen).

⁷⁷ Vgl. Art. 45 Abs. 2 IPRG.

4.2 Bestimmungen für den Fall, dass eine Zwangsheirat oder eine Minderjährigenehe entdeckt wird

Gemäss dem Leitsatz «*nulla annullatio matrimonii sine lege*» entfalten rechtmässig geschlossene Ehen bis zum Zeitpunkt einer allfälligen Ungültigerklärung ihre Wirkung⁷⁸.

Sofern die Zivilstandsbehörden Anlass zur Annahme haben, dass ein Ungültigkeitsgrund vorliegt, melden sie dies der zuständigen Behörde, damit sie eine Klage auf Ungültigerklärung erhebt⁷⁹. Die Daten werden von der kantonalen Aufsichtsbehörde gesperrt⁸⁰. Die Sperrung wird aufgehoben, sobald die gerichtliche Entscheidung, die die Ehe annulliert oder aufrechterhält, rechtskräftig geworden ist; die Erfassung der Ungültigerklärung der Ehe erfolgt gleichzeitig mit der Aufhebung der Sperre⁸¹.

Mit der Revision, die am 1. Juli 2013 in Kraft getreten ist, sind Zwangs- und Minderjährigenehen gleich wie im Fall einer bigamischen Ehe, dauerhafter Urteilsunfähigkeit, Bestehen eines verbotenen Verwandtschaftsverhältnisses oder Umgehung des Ausländerrechts von Amtes wegen für ungültig zu erklären⁸².

Seit dem 1. Januar 2025 ist die Ungültigerklärung der Ehe im Falle der Minderjährigkeit eines Ehegatten spezifisch in Artikel 105a ZGB geregelt, der Folgendes festhält:

«¹ Die Ehe wird vom Gericht für ungültig erklärt, wenn einer der Ehegatten zur Zeit der Eheschliessung minderjährig war und im Zeitpunkt der Einreichung der Ungültigkeitsklage das 25. Altersjahr noch nicht vollendet hat.

² Die Ehe bleibt jedoch gültig, wenn der betreffende Ehegatte:

- 1. noch minderjährig ist und das Gericht ausnahmsweise zum Schluss kommt, dass die Weiterführung der Ehe seinen überwiegenden Interessen und seinem freien Willen entspricht; oder*
- 2. volljährig geworden ist und das Gericht zum Schluss kommt, dass er aus freiem Willen erklärt, an der Ehe festhalten zu wollen.»*

Für die internationalen Sachverhalte sieht Artikel 45 IPRG Folgendes vor:

«¹ Eine im Ausland gültig geschlossene Ehe wird in der Schweiz anerkannt. Artikel 45a bleibt vorbehalten.

² Ist einer der Verlobten Schweizer Bürger oder haben beide Wohnsitz in der Schweiz, so wird die im Ausland geschlossene Ehe anerkannt, wenn der Abschluss nicht in der offenbaren Absicht ins Ausland verlegt worden ist, die Vorschriften des schweizerischen Rechts über die Eheungültigkeit zu umgehen.

³ Eine im Ausland geschlossene Ehe wird nicht anerkannt:

- a. solange nicht beide Ehegatten das 16. Altersjahr vollendet haben; oder*
- b. wenn im Zeitpunkt der Eheschliessung ein Ehegatte das 18. Altersjahr nicht vollendet hatte und wenigstens ein Ehegatte Wohnsitz in der Schweiz hatte.»*

In diesem Zusammenhang wird auf die nachfolgenden Ziffern 4.3 und 4.4 verwiesen.

⁷⁸ Vgl. Art. 104 ZGB; Botschaft 2011, Ziff. 1.1.3.2.

⁷⁹ Vgl. Art. 106 Abs. 1, zweiter Satz ZGB und 16 Abs. 8 ZStV.

⁸⁰ Vgl. Art. 46a ZStV.

⁸¹ Vgl. Art. 46a ZStV.

⁸² Vgl. Art. 105 Ziff. 5 und 6 ZGB.

Darüber hinaus sind die Fälle zu erwähnen, in denen die Anerkennung von offensichtlichen Zwangsheiraten und Ehen mit Minderjährigen unter 16 Jahren verweigert wird, die in den Anwendungsbereich des FZA und des EFTA-Übereinkommen fallen, welche einer Nichtanerkennung entgegenstehen können. In diesem Zusammenhang wird auf Ziffer 4.5 und 4.6 unten verwiesen.

Mit der Revision, die am 1. Januar 2025 in Kraft getreten ist, wurde Artikel 45 Absatz 1 IPRG um einen Satz ergänzt, der festhält, dass Artikel 45a vorbehalten bleibt. Dieser Zusatz dient der Klarstellung der Praxis: Die Anerkennung einer im Ausland geschlossenen Ehe schliesst damit nicht per se die Ungültigkeitsklage aus; gegebenenfalls müssen die Zivilstandsbehörden die zuständige Behörde darüber informieren, damit diese die Ungültigkeitsklage erheben kann.⁸³

Artikel 45a IPRG regelt die Zuständigkeit der Schweizer Gerichte, das auf die Ungültigerklärung einer Ehe anwendbare Recht, die Vorschriften über vorsorgliche Massnahmen und Nebenwirkungen sowie die Bedingungen für die Anerkennung ausländischer Entscheidungen über die Ungültigerklärung einer Ehe.

Ausserdem sind diese Fälle den Strafverfolgungs- und Kinderschutzhörden anzuzeigen. Siehe ebenfalls Ziffer 3.2, 3.7 sowie 4.7 hiernach.

4.3 Nichtanerkennung von Ehen mit einer minderjährigen Person unter 16 Jahren

Gemäss Artikel 45 Absatz 3 Buchstabe a IPRG, der seit dem 1. Januar 2025 in Kraft ist, werden Ehen mit Minderjährigen, die zum Zeitpunkt der Prüfung noch nicht 16 Jahre alt sind, nicht anerkannt.

Diese neue Bestimmung hält unmissverständlich fest, dass Ehen von sehr jungen Menschen nicht mit dem *ordre public* der Schweiz vereinbar sind; der Vorteil dieser Regelung ist darin zu sehen, dass die Betroffenen nicht mit der emotionalen Belastung eines Gerichtsverfahrens konfrontiert werden müssen.

Dabei ist zu unterscheiden zwischen dem Alter zum Zeitpunkt der Eheschliessung und dem Alter, in dem eine Schweizer Behörde von der Verbindung Kenntnis erhält (Zeitpunkt der Prüfung).

Wenn die betroffene Person zum Zeitpunkt der Eheschliessung unter 16 Jahre alt war, aber zum Zeitpunkt der Prüfung das 16. Lebensjahr vollendet hatte, dann findet Artikel 105a ZGB Anwendung und es kommt zu einem Ungültigkeitsverfahren (siehe Ziffer 4.2 oben), vorbehaltlich der anderen Ausnahme, bei welcher einer der Ehegatten in der Schweiz wohnhaft war (siehe Ziffer 4.4 unten). Die Nichtanerkennung erspart den betroffenen Personen (wie auch den Behörden) zunächst eine Klage auf Ungültigerklärung wegen Zwangsheirat nach Artikel 105 Ziffer 5 ZGB, da die Nichtanerkennung Vorrang hat⁸⁴.

⁸³ Vgl. die Botschaft 2023, Ziff. 5.5 zu Art. 45 Abs. 3 Bst. a IPRG.

⁸⁴ Vgl. die Botschaft 2023, Ziff. 4.2.1.2.

Gemäss den Gesetzesmaterialien⁸⁵ ist daher das Alter des betreffenden Ehegatten zum Zeitpunkt der Prüfung des Dossiers massgebend. Die Nichtanerkennung bedeutet, dass die Ehe nach schweizerischem Recht keine Wirkung entfaltet, und eine Ungültigerklärung nicht erforderlich ist. Sobald die betroffene Person 16 Jahre alt wird, ist die Ehe grundsätzlich anzuerkennen, und die in Artikel 105 Ziffer 5 und 105a ZGB verankerten Ungültigkeitsgründe kommen zur Anwendung.

Eine Ungültigerklärung der Ehe vor dem 16. Lebensjahr *pro futuro* ist daher nicht vorgesehen. Sofern ein Ungültigkeitsverfahren am 1. Januar 2025, also zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Bestimmung über die Nichtanerkennung, bereits hängig ist, kann es dennoch weitergeführt werden⁸⁶. Bezüglich des Übergangsrechts wird zudem auf Ziffer 6.2 unten verwiesen.

Diese Überlegungen gelten auch für Zwangsheiraten mit einer minderjährigen Person. Die Nichtanerkennung schützt den betroffenen Ehegatten ausreichend. Nach seinem 16. Lebensjahr kann die Klage auf Aufhebung der Ehe mangels freiem Willen⁸⁷ erhoben werden.

Aus dem Vorstehenden folgt, dass die kantonale Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen, die über die Anerkennung und Eintragung einer solchen im Ausland geschlossenen Ehe zu entscheiden hat⁸⁸, sowie auch die Zivilstandsbeamtin oder der Zivilstandsbeamte, die oder der eine Person mit ausländischer Staatsangehörigkeit erstmals in das schweizerische Zivilstandsregister aufnehmen muss⁸⁹, die Anerkennung und Eintragung der Ehe verweigern muss, solange einer der Ehegatten zum Zeitpunkt der Prüfung des Dossiers noch nicht 16 Jahre alt ist oder wenn einer der Ehegatten zum Zeitpunkt der Eheschliessung das Alter von 18 Jahren noch nicht erreicht hatte und mindestens einer von beiden seinen Wohnsitz in der Schweiz hatte. In diesen Fällen ist gemäss dem Willen des Gesetzgebers grundsätzlich keine Ungültigkeitsklage zu erheben. Die Zivilstandsbehörden haben aber dennoch die zuständige Behörde zu informieren, damit diese die Ungültigkeitsklage erheben kann, sobald deren rechtlichen Voraussetzungen, insbesondere der Zeitpunkt der Klageeinleitung sowie die örtliche Zuständigkeit, erfüllt sind⁹⁰. Dies gegebenenfalls nach einem Meinungsaustausch mit der zuständigen Kindesschutzbehörde, die der betroffenen Person bei Bedarf auch einen Verfahrensbeistand bestellen kann.

Es ist zu beachten, dass wie bei allen Bestimmungen des IPRG auch im Fall von Artikel 45 Absatz 3 Buchstabe a IPRG (potenziell abweichende) internationale Verträge vorbehalten bleiben⁹¹.

Dabei handelt es sich insbesondere um das FZA und EFTA-Übereinkommen. In diesem Zusammenhang wird auf Ziffer 4.6 unten verwiesen.

In diesen Fällen, in denen die Ehe ungeachtet der Minderjährigkeit eines Ehegatten oder des Verdachts auf Zwangsheirat dennoch anerkannt werden muss, ist die zuständige Behörde zu

⁸⁵ Vgl. die Botschaft 2023, Ziff. 5.5 zu Art. 45 Abs. 3 Bst. a IPRG.

⁸⁶ Vgl. Art. 199b Satz 2 IPRG.

⁸⁷ Vgl. Art. 105 Ziff. 5 ZGB.

⁸⁸ Vgl. Art. 32 IPRG und 23 ZStV.

⁸⁹ Vgl. Art. 15 und 15a ZStV.

⁹⁰ Vgl. auch die Botschaft 2023, Ziff. 5.4.

⁹¹ Vgl. Art. 1 Abs. 2 IPRG.

benachrichtigen, damit sie die Ungültigkeitsklage erheben kann⁹². In diesem Zusammenhang wird im Übrigen auf Ziffer 4.2 oben verwiesen.

In jedem Fall sind die Zivilstandsbehörden verpflichtet, den zuständigen Behörden Straftaten, die sie bei der Ausübung ihrer Aufgaben feststellen, anzuzeigen⁹³ und insbesondere alle Umstände zu melden, die auf einen Versuch einer Zwangsheirat hindeuten könnten, da auch der Versuch strafrechtlich geahndet wird⁹⁴. Im Weiteren ist ein solcher Fall zudem der Kinderschutzbehörde zu melden. Im Übrigen wird auf die obenstehenden Ziffern 3.2, 3.7 und 4.7 verwiesen.

4.4 Nichtanerkennung von Minderjährigenehen, wenn einer der Ehegatten in der Schweiz wohnhaft war

Gemäss Artikel 45 Absatz 3 Buchstabe b IPRG, der seit dem 1. Januar 2025 in Kraft ist, wird eine Ehe nicht anerkannt, wenn im Zeitpunkt der Eheschliessung einer der Ehegatten das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte und wenigstens einer von beiden Wohnsitz in der Schweiz hatte.

Diese neue Bestimmung soll das immer wiederkehrende und als besonders stossende empfundene Problem lösen, dass Ehen während der Sommerferien geschlossen werden. Minderjährige Personen, die in der Schweiz leben, werden im Herkunftsland ihrer Familie verheiratet, manchmal während der Sommerferien. Nach der Eheschliessung kommt der zweite Ehegatte in die Schweiz. Die betroffenen minderjährigen Personen sind meist gut integriert; sie sind in der Schweiz aufgewachsen und haben hier die Schule besucht. Ihr Interesse an Schutz ist in diesen Fällen besonders hoch, während ihr Interesse an einer Fortsetzung der Ehe gering ist. Diese Situationen stellen sehr oft Zwangsheiraten im Sinne des Gesetzes dar (Art. 105 Ziff. 5 ZGB und 181a StGB), deren Nachweis jedoch schwierig zu erbringen ist und ohne die Mitwirkung der betroffenen Personen auch kaum identifiziert werden können.

Die vorgesehene Nichtanerkennung erspart es der betroffenen Person (sowie auch den Behörden), eine Anfechtungsklage erheben zu müssen⁹⁵.

Gemäss den Gesetzesmaterialien⁹⁶ ist der Anknüpfungspunkt in diesen Fällen der Wohnsitz, während der Staatsangehörigkeit keine Bedeutung zukommt⁹⁷. Der Wohnsitz wird in Artikel 20 IPRG definiert, der sich seinerseits auf Artikel 23 ZGB bezieht. Danach hat beispielsweise eine asylsuchende Person, die nicht sofort zurückgeschickt wurde und die hier ihren Lebensmittelpunkt hat die sich in der Schweiz mit der Absicht aufhält, sich hier niederzulassen, ihren Wohnsitz in der Schweiz. Wenn es aufgrund des jungen Alters einer Person nicht möglich ist, ihr einen Wohnsitz zuzuweisen, ist ihr gewöhnlicher Aufenthalt im Sinne von Artikel 20 Absatz 1 Buchstabe b IPRG massgebend⁹⁸. Zu beachten ist, dass es den Ehegatten freisteht, erneut

⁹² Vgl. Art. 106 Abs. 1 Satz 2 ZGB und 16 Abs. 8 ZStV.

⁹³ Vgl. Art. 43a Abs. 3^{bis} ZGB und Art. 16 Abs. 7 ZStV.

⁹⁴ Vgl. Art. 22 und 181a StGB, die Botschaft 2011, Ziff. 2.1 zu Art. 99 ZGB sowie die Botschaft 2023, Ziff. 5.5 zu Art. 45 Abs. 3 Bst. a und Art. 45 Abs. 3 Bst. b ZGB.

⁹⁵ Vgl. Art. 105 Ziff. 5 ZGB.

⁹⁶ Vgl. die Botschaft 2023, Ziff. 5.5 zu Art. 45 Abs. 3 Bst. b IPRG.

⁹⁷ Dies im Gegensatz zu Art. 45 Abs. 2 IPRG.

⁹⁸ Vgl. Art. 20 Abs. 2 IPRG.

zu heiraten, sobald sie volljährig sind. Die Wiederverheiratung stellt dabei aber keine Heilung der nicht anerkannten ersten Ehe dar; dieser kommt weiterhin keine Wirkung zu.

Fälle, die unter das FZA oder das EFTA-Übereinkommen fallen, werden in Ziffer 4.6 unten besprochen.

Bezüglich der konkreten Aufgaben der Zivilstandsbehörden wird auf Ziffer 4.3 oben verwiesen.

4.5 Verweigerung der Anerkennung offensichtlicher Zwangsheiraten und Minderjährigenehen von Personen unter 16 Jahren im Anwendungsbereich des FZA⁹⁹ und des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation¹⁰⁰

Die kantonale Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen, die über die Anerkennung einer im Ausland geschlossenen Ehe zu entscheiden hat¹⁰¹, oder das Zivilstandsamt, das einen ausländischen Staatsangehörigen erstmals in das schweizerische Zivilstandsregister aufnimmt¹⁰², muss in bestimmten Fällen die Eintragung der Ehe in der Schweiz unter Berufung auf den allgemeinen Vorbehalt des *ordre public* verweigern.¹⁰³ Wenn davon auszugehen ist, dass die Ehe später vom zuständigen Gericht für ungültig erklärt wird, wäre es stossend, eine solche Verbindung überhaupt anzuerkennen.

Die Eintragung der ausländischen Verbindung muss verweigert werden, wenn kein Zweifel daran besteht, dass es sich um eine Zwangsheirat handelt¹⁰⁴ und einer oder beide Ehepartner sich eindeutig gegen die Eintragung ausspricht. Sie muss auch verweigert werden, wenn die Ehe mit einer minderjährigen Person unter 16 Jahren im Anwendungsbereich des FZA und des EFTA-Übereinkommens geschlossen wurde (siehe Ziffer 4.6 unten). Allerdings muss die Ehe trotzdem der für die Ungültigkeitsklage zuständigen kantonalen Behörde gemeldet werden, da ausschliesslich das Gericht die Kompetenz besitzt, die Ungültigkeit mit Wirkung für alle (*erga omnes*) auszusprechen.

Diesbezüglich ist daran zu erinnern, dass die kantonale Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen die Eheleute vorgängig anhören muss, falls nicht feststeht, dass ihre Rechte während des Ehevorbereitungsverfahrens im ausländischen Staat, in dem die Trauung vorgenommen wurde, ausreichend gewahrt worden sind. Zu überprüfen ist insbesondere, ob die im Ausland geschlossene Ehe nicht auf Grundlage einer gefälschten Vollmacht geschlossen worden ist¹⁰⁵.

Die Anerkennung ist auch dann zu verweigern, wenn die Ehe im Ausland unter Missachtung einer Verfügung der schweizerischen Zivilstandsbehörden betreffend die Verweigerung der Eheschliessung oder entgegen den Massnahmen oder Anordnungen anderer schweizerischer

⁹⁹ SR 0.142.112.681.

¹⁰⁰ SR 0.632.31.

¹⁰¹ Vgl. Art. 32 IPRG und 23 ZStV.

¹⁰² Vgl. Art. 15 und 15a ZStV.

¹⁰³ Vgl. Art. 27 Abs. 2, 32 IPRG und 23 ZStV.

¹⁰⁴ Botschaft 2011, Ziff. 1.3.2.1.

¹⁰⁵ Stellvertreterehen, die im Ausland rechtsgültig geschlossen worden sind, können in der Schweiz weiterhin anerkannt werden, sofern der Stellvertreter gehörig bevollmächtigt wurde, was von der Aufsichtsbehörde, die zur Anerkennung der Ehe gestützt auf Art. 32 Abs. 3 IPRG angerufen wurde, zu überprüfen ist. Botschaft 2011, Ziff. 1.1.4.3 und 1.3.2.5.

Behörden wie namentlich der Strafverfolgungsbehörden oder der Erwachsenen- oder Kinderschutzbehörden geschlossen worden ist. (Letztere Tatsache wird den Zivilstandsbehörden zwar nicht von Amtes wegen mitgeteilt, sie können aber beispielsweise von den betroffenen Personen darauf hingewiesen worden sein.)

Die Verweigerung der Anerkennung der Ehe ist Gegenstand eines formellen Entscheids der kantonalen Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen bzw. des Zivilstandsamts. Er wird den betroffenen Personen durch die Strafverfolgungsbehörden eröffnet (siehe Ziff. 3.7 hievor). Die Verweigerung der Eintragung entfaltet ihre Wirkung bis zum Urteil im Zivilverfahren, mit dem entweder die Anerkennung der Ehe verweigert oder die Ehe für ungültig erklärt oder aufrecht erhalten wird.

Darüber hinaus ist der Fall den Strafverfolgungs- und Kinderschutzhörden zu melden. Diese sind anzuhalten, gegebenenfalls zur Vertretung der Interessen des Kindes in den eingeleiteten Verwaltungs-, Zivil- und Strafverfahren ad hoc einen Beistand zu ernennen. Siehe auch Ziffer 4.7 hiernach.

4.6 Vorbehalt des FZA und des EFTA-Übereinkommens und anderer potenziell divergierender internationaler Verträge bei Minderjährigenehen

Die Nichtanerkennung von im Ausland geschlossenen Ehen unterliegt dem allgemeinen Vorbehalt von (potenziell abweichenden) internationalen Verträgen¹⁰⁶.

Gemäss den Materialien zur Gesetzgebung¹⁰⁷ handelt es sich dabei insbesondere um das FZA und das EFTA-Übereinkommen. Die Nichtanerkennung einer Ehe beraubt den Ehepartner gegebenenfalls der Möglichkeit, das Recht auf Freizügigkeit auszuüben, das ihm auf der Grundlage dieser internationalen Verträge zusteht.¹⁰⁸ Die Heirat von Minderjährigen unter 16 Jahren ist in den EU- und EFTA-Staaten relativ selten, da auch diese Staaten das heiratsfähige Alter in der Regel auf 18 Jahre festgelegt haben, dies mit Ausnahme von Schottland, wo eine Heirat bereits mit 16 Jahren möglich ist. In einigen Staaten können Verlobte mit Zustimmung der Eltern und/oder einer amtlichen Genehmigung auch vor dem Erreichen des 18. Altersjahres heiraten. Eine solche Regel kennt etwa Estland, wo eine Eheschliessung unter 16 Jahren (15 Jahre) möglich ist, während die Rechtsvorschriften von Belgien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Luxemburg und Slowenien keine Mindestgrenze vorsehen. In all diesen Staaten muss die Eheschliessung jedoch zunächst durch eine Gerichts- oder Verwaltungsentscheidung genehmigt werden (Finnland, Griechenland, Irland, Slowenien), wobei in einigen Staaten sogar die Zustimmung der Eltern erforderlich ist (Belgien, Frankreich, Luxemburg)¹⁰⁹.

¹⁰⁶ Vgl. Art. 1 Abs. 2 IPRG.

¹⁰⁷ Vgl. die Botschaft 2023, Ziff. 7.2.2.

¹⁰⁸ Vgl. Art. 7 Bst. d FZA und Art. 3 Anhang I FZA bzw. Art. 7 Bst. d Anhang K und Art. 3 Anhang K Anlage 1 des EFTA-Übereinkommens.

¹⁰⁹ Vgl. die Studie der Europäischen Agentur für Menschenrechte (FRA), die in Fussnote 65 der Botschaft 2023 zitiert ist. Die FRA-Studie ist abrufbar unter <https://fra.europa.eu/en/publication/2017/mapping-minimum-age-requirements/marriage-consent-public-authority-andor-public-figure>.

Einschränkungen der durch das FZA oder das EFTA-Übereinkommen gewährten Rechte sind nur zulässig, wenn sie durch Gründe der öffentlichen Ordnung im Sinne dieser Verträge¹¹⁰ oder durch andere zwingende Gründe des Allgemeininteresses gerechtfertigt sind und der Grundsatz der Verhältnismässigkeit beachtet wird. Automatische Einschränkungen der Personenfreizügigkeit verstossen gegen diese internationalen Abkommen.

Auf der Grundlage von Artikel 1 Absatz 2 IPRG ist daher für die Begünstigten der genannten Verträge, deren Ehe von einem EU- oder EFTA-Staat geschlossen oder anerkannt wurde, eine Interessenabwägung im Einzelfall vorzunehmen, bei der sowohl das allgemeine Schutzinteresse, insbesondere die institutionelle Garantie der Ehe, als auch das individuelle Schutzinteresse der beiden betroffenen Ehegatten zu berücksichtigen sind.

In diesen Fällen wird die Ehe mit einer minderjährigen Person zunächst anerkannt, anschliessend ist dann in jedem Fall eine Ungültigkeitsklage zu erheben¹¹¹; die Zivilstandsbehörden müssen somit die zuständige Behörde informieren, damit diese die Ungültigkeitsklage einreichen kann¹¹². Bei Verdacht auf eine Zwangsheirat müssen zudem auch die Strafverfolgungsbehörden benachrichtigt werden¹¹³.

Im Übrigen wird auf die Ziffern 3.2, 3.7, 4.2, 4.5 und 4.7 verwiesen.

4.7 Anzeige bei den Strafverfolgungs- und Kindesschutzbehörden

Die Erstattung einer Anzeige bei den Strafverfolgungsbehörden wird unter den Ziffern 3.2 und 3.7 hievor erläutert.

Im Fall einer Ehe von Personen unter 18 Jahren meldet die Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen die Tatsache der Kindesschutzbehörde, damit sie die erforderlichen Kindesschutzmassnahmen treffen kann¹¹⁴.

4.8 Zivilstand und Namensführung bei einer Heirat, die im Ausland geschlossen und in der Schweiz nicht anerkannt wurde

Wird die Anerkennung einer im Ausland geschlossenen Ehe verweigert, so ändert sich die Rechtsstellung der von der Zwangsheirat betroffenen Personen nicht. Dementsprechend behalten die betroffenen Personen den Zivilstand und den Namen, den sie unmittelbar vor der Trauung im Ausland hatten (z.B. «ledig»).

¹¹⁰ Vgl. Art. 5 Anhang I FZA und Art. 5 Anhang K Anlage 1 des EFTA-Übereinkommens.

¹¹¹ Vgl. Art. 105a ZGB.

¹¹² Vgl. Art. 106 Abs. 1 Satz 2 ZGB und 16 Abs. 8 ZStV.

¹¹³ Vgl. Art. 43a Abs. 3^{bis} ZGB und 16 Abs. 7 ZStV.

¹¹⁴ Vgl. Art. 315 ZGB und 50 Abs. 3 ZStV.

Bei einer Ungültigerklärung der Ehe erfolgt die entsprechende Mitteilung durch das Gericht unverzüglich, nachdem das Urteil rechtskräftig geworden ist; die Eheungültigkeit wird im Zivilstandsregister mit dem Datum der Auflösung erfasst¹¹⁵. Der Zivilstand der Eheleute lautet «unverheiratet»¹¹⁶. Hat die Person das Schweizer Bürgerrecht oder ihren Wohnsitz in der Schweiz, so kann sie, falls sie ihren Namen bei der Heirat geändert hat, jederzeit wieder ihren Ledignamen annehmen¹¹⁷.

Erhält das Gericht die Ehe aufrecht, so lautet der Zivilstand der Ehegatten «verheiratet»¹¹⁸. Der Name wird entsprechend den einschlägigen Vorschriften über die Eheschliessung bestimmt¹¹⁹.

4.9 Rechtliche Situation von Kindern, die in einer im Ausland geschlossenen und in der Schweiz nicht anerkannten Ehe geboren wurden

Die Feststellung der Abstammung ist in den Artikeln 68 und 69 IPRG geregelt.

Gemäss diesen Bestimmungen bedeutet die Nichtanerkennung einer im Ausland geschlossenen Ehe in der Schweiz nicht zwangsläufig, dass die in einer solchen Ehe geborenen Kinder nicht als von dem betreffenden Paar abstammend betrachtet werden.

Die Feststellung der Abstammung richtet sich nach dem Recht des Staates, in dem das Kind seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat; wenn keiner der Elternteile seinen Wohnsitz im Staat des gewöhnlichen Aufenthalts des Kindes hat und die Eltern und das Kind die Staatsangehörigkeit ein und desselben Staates besitzen, ist das Recht dieses Staates anwendbar. Um zu bestimmen, welches Recht auf die Feststellung oder Anfechtung der Abstammung anwendbar ist, wird auf den Zeitpunkt der Geburt abgestellt.

Daraus folgt, dass das Kind als vom Ehemann der Mutter abstammend anzusehen ist, wenn die Ehe im Staat des gewöhnlichen Aufenthalts des Kindes anerkannt wird, bzw. nach dem Recht der Staatsangehörigkeit des Kindes und der Eltern, wenn dieses Recht beispielsweise dem Recht des Ortes entspricht, an dem die Ehe geschlossen wurde. Wenn die Ehe der Eltern nach einem der oben genannten Rechte als gültig anzusehen ist, muss dies nach herrschender Lehre für die Frage der Abstammung auch dann beachtet werden, wenn die Ehe in der Schweiz nicht anerkannt wird.

Wenn die Mutter zum Zeitpunkt der Geburt ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Schweiz hatte, gelten die Nichtanerkennungsgründe von Artikel 45 Absatz 3 IPRG, auch wenn die Ehe im Staat des vorherigen Aufenthalts gültig war. Im Interesse der Rechtssicherheit und um hinkende Rechtsverhältnisse zwischen der Schweiz und dem Ausland zu vermeiden, sollten die betroffenen Personen über die Möglichkeit der freiwilligen Anerkennung der Vaterschaft vor dem Zivilstandsbeamten¹²⁰ bzw. über gerichtliche Schritte zur Feststellung der Vaterschaft¹²¹

¹¹⁵ Vgl. Art. 7 Abs. 2 Bst. j, 8 Bst. o, 40 Abs. 1 Bst. d und 43 ZStV.

¹¹⁶ Vgl. Art. 8 Bst. f Ziff. 1 ZStV.

¹¹⁷ Vgl. Art. 109 Abs. 2, 119 ZGB, 37 IPRG, 13, 14 Abs. 3 ZStV.

¹¹⁸ Vgl. Art. 8 Bst. f Ziff. 1 ZStV.

¹¹⁹ Vgl. Art. 37 IPRG, 160 ZGB, 12 ZStV.

¹²⁰ Vgl. Art. 260 ZGB und 11 ZStV.

¹²¹ Vgl. Art. 261 ZGB und allgemeine Feststellungsklage (vgl. Art. 88 ZPO).

oder deren Anfechtung¹²² informiert werden. Die Kinderschutzbehörde muss über die Existenz von Kindern, die während einer nicht anerkannten Ehe geboren wurden, informiert werden, damit diese Behörde die notwendigen kindesschutzrechtlichen Massnahmen ergreifen kann.¹²³

5 Ergänzende Informationen zu den Zwangsheiraten

5.1 Information und Unterstützung der Ehegatten

Die Zivilstandsbehörden und insbesondere die Zivilstandsbeamtinnen und Zivilstandsbeamten sind zur Information verpflichtet. Diese müssen auf das Verbot von Zwangsheiraten hingewiesen werden¹²⁴.

Die Zivilstandsbehörden können zu diesem Zweck auf die vom EAZW vorbereiteten Merkblätter verweisen («Merkblatt über die Ehe in der Schweiz», verfügbar in drei Amtssprachen und in verschiedenen Fremdsprachen; «Merkblatt für die Eheschliessung im Ausland»¹²⁵).

Die Zivilstandsbehörden leiten die Öffentlichkeit und die betroffenen Personen auch an die Fachorganisationen weiter, insbesondere an die OHG-Beratungsstellen¹²⁶ und an Hilfsorganisationen (z.B. BRAVA (früher: *Terre des femmes*¹²⁷) und *Zwangsheirat.ch*¹²⁸).

5.2 Studie «Zwangsheiraten» in der Schweiz: Ursache, Formen, Ausmass

Ergänzende Informationen finden die Zivilstandsbehörden in der Studie «Zwangsheiraten» in der Schweiz: Ursachen, Formen, Ausmass¹²⁹, die von Anna Neubauer und Janine Dahinden der Universität Neuenburg durchgeführt wurde. Ebenfalls zu erwähnen sind der Bericht von Christian Rüefli, Büro Vatter «Evaluation der zivilrechtlichen Bestimmungen zu Zwangs- und Minderjährigenheiraten» vom 27. März 2019 sowie der Bericht des Bundesrates «Evaluation der Bestimmungen des Zivilgesetzbuches betreffend Zwangs- und Minderjährigenheiraten» vom 29. Januar 2020¹³⁰.

¹²² Vgl. Art. 256 ZGB.

¹²³ Vgl. Art. 315 ZGB und 50 Abs. 3 ZStV.

¹²⁴ Vgl. Art. 65 Abs. 1^{bis} ZStV.

¹²⁵ Die Merkblätter werden auf der Website des EAZW publiziert unter <http://www.bj.admin.ch/content/bj/de/home/themen/gesellschaft/zivilstand/merkblaetter.html>.

¹²⁶ Bundesgesetz vom 23. März 2007 über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Opferhilfegesetz, OHG); SR 312.5.

¹²⁷ www.terre-des-femmes.ch. Allgemeine Informationen zu den Zwangsheiraten sowie zum Hilfsangebot für die betroffenen Personen in der Schweiz finden sich auf der Website www.gegen-zwangsheirat.ch.

¹²⁸ www.zwangsheirat.ch/.

¹²⁹ Die Studie ist im Internet publiziert unter www.sem.admin.ch/dam/data/sem/publiservice/publikationen/zwangsheirat/zus-zwangsheirat-d.pdf.

¹³⁰ Beide Berichte sind publiziert unter www.bj.admin.ch/bj/de/home/gesellschaft/gesetzgebung/minderjaehrigenheirat.html.

6 Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

6.1 Datum des Inkrafttretens

Die vorliegenden Weisungen treten am **1. Januar 2025** in Kraft. Sie heben alle bisherigen anderslautenden Richtlinien auf und ersetzen diese.

6.2 Am 1.1.2025 hängige Verfahren

Gemäss Artikel 7a SchlT ZGB unterliegt jede Ehe einer Person, die zum Zeitpunkt der Eheschliessung minderjährig war und am 1. Januar 2025 noch nicht 25 Jahre alt ist, dem neuen Recht; der neue Eheungültigkeitsgrund nach Artikel 105a ZGB ist anwendbar, unabhängig davon, ob die Ehe vor oder nach der Revision geschlossen wurde.

Eine Ausnahme gilt dagegen für Ehen, bei denen der betroffene Ehegatte zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes zwischen 18 und 25 Jahre alt war. In diesen Fällen müssen die Behörden nicht eingreifen, da das bis am 31. Dezember 2024 geltende Recht die Heilung des Mangels vorsieht. Die Übergangsbestimmungen entbinden sie gleichzeitig auch davon, aktiv nach solchen Fällen zu suchen. Die Betroffenen werden jedoch die Möglichkeit haben, ihre Ehe aufgrund des neuen Ungültigkeitsgrundes im Zusammenhang mit der Minderjährigkeit für ungültig erklären zu lassen. Der Ehegatte, der als Minderjähriger verheiratet war, kann diese Klage bis zum Tag vor seinem 25. Lebensjahr erheben.¹³¹

Der neue Aufhebungsgrund gilt für Verfahren, die vor Gerichten erster oder zweiter Instanz anhängig sind.

Gemäss Artikel 199b IPRG gilt die in Artikel 45 Absatz 3 Buchstabe a IPRG festgelegte Regel, wonach Ehen, die mit einer minderjährigen Person unter 16 Jahren geschlossen wurden, nicht anerkannt werden, auch für Ehen, die vor dem 1. Januar 2025 geschlossen wurden.

Gemäss den Gesetzesmaterialien¹³² können die betroffenen Ehen auch nicht Gegenstand einer Ungültigkeitsklage sein. Eine Klage auf der Grundlage von Artikel 105a ZGB ist nur ab dem Zeitpunkt möglich, in dem die betroffene Person 16 Jahre alt wird. Eine Ausnahme ist dagegen für Ungültigkeitsklagen vorgesehen, die am 1. Januar 2025 bereits anhängig waren und ungeachtet des neuen Rechts weitergeführt werden können.

¹³¹ Vgl. die Botschaft 2023, Ziff. 5.1 zu Art. 7a SchlT ZGB.

¹³² Vgl. die Botschaft 2023, Ziff. 5.5 zu Art. 199a und 199b IPRG.

Artikel 45 Absatz 3 Buchstabe b IPRG wurde bewusst vom Anwendungsbereich von Artikel 199b IPRG ausgenommen und soll nur für Ehen gelten, die nach seinem Inkrafttreten geschlossen wurden. Zuvor geschlossene Ehen fallen hingegen unter den neuen Artikel 105a ZGB¹³³.

Eidgenössisches Amt für das Zivilstandswesen EAZW

David Rüetschi

Anhänge:

Musterbriefe für Verfügungen betreffend die Verweigerung der Eheschliessung und für die Erstattung von Anzeigen bei den Strafverfolgungsbehörden

¹³³ Vgl. Art. 7a SchlT ZGB.

Anhänge

Musterbrief für eine Verfügung betreffend Verweigerung der Eheschliessung / Verweigerung der Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses (siehe Ziff. 3.1, 3.6 und 3.7 der Weisungen):

Zivilstandsamt XX
Rathaus
7777 XX

Persönlich eröffnet

Frau / Herr A.

Frau / Herr B.

7777 XX, 15. Januar 2025

Betrifft: Ihr Ehevorhaben

Sehr geehrte Frau A./Sehr geehrter Herr A., sehr geehrte Frau B./ sehr geehrter Herr B.

Am 8. Januar 2025 haben Sie in unserem Amt ein Eheschliessungsgesuch eingereicht.

Gemäss unseren Feststellungen beruht Ihre Eheschliessung nicht auf Ihrem freien und vollen Einverständnis.

Nach den Artikeln 43a und 99 des Zivilgesetzbuchs sehen wir uns gezwungen, Ihnen die Trauung / die Ausstellung des erforderlichen Ehefähigkeitszeugnisses zu verweigern und diese Tatsachen den Strafverfolgungsbehörden zu melden. Denn nach Artikel 181a des Strafgesetzbuchs ist die Zwangsheirat strengstens verboten.

Zu Ihrer Information legen wir Ihnen ein Dokument mit den genannten Gesetzesbestimmungen bei.

Die vorliegende Mitteilung wird Ihnen von den Strafverfolgungsbehörden eröffnet, die mit der Untersuchung Ihres Falls beauftragt sind. Sie gilt als Verfügung, gegen die innert ... Tagen bei der kantonalen Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen des Kantons Z... Beschwerde erhoben werden kann (Adresse).

Wir weisen Sie darauf hin, dass wir auf eventuelle Anfragen um Auskunft Ihrerseits oder von dritter Seite nicht eingehen können und dass wir ausschliesslich den Behörden Auskunft erteilen, die mit Ihrem Fall befasst sind.

Freundliche Grüsse

Zivilstandsamt XX

(Unterschrift)

Anhang: erwähnt

Musterbrief für eine Verfügung betreffend Sistierung des Ehevorbereitungsverfahrens (siehe Ziff. 3.2 und 3.7 der Weisungen):

Zivilstandsamt XX
Rathaus
7777 XX

Persönlich eröffnet

Frau / Herr A.

Frau / Herr B.

7777 XX, 15. Januar 2025

Betrifft: Ihr Ehevorhaben

Sehr geehrte Frau A./Sehr geehrter Herr A., sehr geehrte Frau B./sehr geehrter Herr B.

Am 8. Januar 2025 haben Sie in unserem Amt ein Eheschliessungsgesuch eingereicht.

Gemäss unseren Feststellungen beruht Ihre Eheschliessung nicht auf Ihrem freien und vollen Einverständnis.

Nach den Artikeln 43a und 99 des Zivilgesetzbuchs sehen wir uns gezwungen, Ihr Ehevorbereitungsverfahren zu sistieren und diese Tatsachen den Strafverfolgungsbehörden zu melden. Denn nach Artikel 181a des Strafgesetzbuchs ist die Zwangsheirat strengstens verboten.

Zu Ihrer Information legen wir Ihnen ein Dokument mit den genannten Gesetzesbestimmungen bei.

Die vorliegende Mitteilung wird Ihnen von den Strafverfolgungsbehörden eröffnet, die mit der Untersuchung Ihres Falls beauftragt sind. Sie gilt als Verfügung, gegen die innert ... Tagen bei der kantonalen Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen des Kantons Z... Beschwerde erhoben werden kann (Adresse).

Wir weisen Sie darauf hin, dass wir auf eventuelle Anfragen um Auskunft Ihrerseits oder von dritter Seite nicht eingehen können und dass wir ausschliesslich den Behörden Auskunft erteilen, die mit Ihrem Fall befasst sind.

Freundliche Grüsse

Zivilstandsamt XX

(Unterschrift)

Anhang: erwähnt

Musterbrief für eine Verfügung betreffend Verweigerung der Eheschliessung / Sistierung des Verfahrens durch die Zivilstandsbeamtin oder den Zivilstandsbeamten während der Trauung (siehe Ziff. 3.3 und 3.7 der Weisungen):

Zivilstandsamt YY
Rathaus
8888 YY

Persönlich eröffnet

Frau/Herr C.

Frau/Herr D.

8888 YY, 15. Januar 2025

Betrifft: Ihr Ehevorhaben

Sehr geehrte Frau/Sehr geehrter Herr C., sehr geehrte Frau/sehr geehrter Herr D.

Am 8. Januar 2025 sind Sie in unserem Zivilstandsamt erschienen, um Ihre Trauung in unserem Zivilstandskreis vorzubereiten. Sie haben sich dafür eine Trauungsermächtigung berufen, die vom Zivilstandsamt XX am 20. Dezember 2024 erteilt worden ist.

Gemäss unseren Feststellungen / Gemäss unseren Feststellungen und auf den ersten Blick beruht Ihre Eheschliessung nicht auf Ihrem freien und vollen Einverständnis.

Nach den Artikeln 43a und 99 des Zivilgesetzbuchs sehen wir uns gezwungen, Ihnen die Trauung zu verweigern, die genannte Trauungsermächtigung aufzuheben / das Trauungsverfahren zu sistieren und diese Tatsachen dem Zivilstandsamt XX sowie den Strafverfolgungsbehörden zu melden. Denn nach Artikel 181a des Strafgesetzbuchs ist die Zwangsheirat strengstens verboten.

Zu Ihrer Information legen wir Ihnen ein Dokument mit den genannten Gesetzesbestimmungen bei.

Die vorliegende Mitteilung wird Ihnen von den Strafverfolgungsbehörden eröffnet, die mit der Untersuchung Ihres Falls beauftragt sind. Sie gilt als Verfügung, gegen die innert ... Tagen bei der kantonalen Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen des Kantons ... Beschwerde erhoben werden kann (Adresse).

Wir weisen Sie darauf hin, dass wir auf eventuelle Anfragen um Auskunft Ihrerseits oder von dritter Seite nicht eingehen können und dass wir ausschliesslich den Behörden Auskunft erteilen, die mit Ihrem Fall befasst sind.

Freundliche Grüsse

Zivilstandsamt YY

(Unterschrift)

Anhang: erwähnt

Musterbrief für eine Verfügung betreffend Verweigerung der Anerkennung einer im Ausland geschlossenen Ehe (siehe Ziff. 3.7 und 4.3 der Weisungen):

Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen des Kantons ZZ
Schloss
9999 ZZ

Persönlich eröffnet

Frau/Herr E.

Frau/Herr F.

9999 ZZ, 15. Januar 2025

Betrifft: Verweigerung der Anerkennung Ihrer Ehe

Sehr geehrte Frau/Sehr geehrter Herr E., sehr geehrte Frau/sehr geehrter Herr F.

Am 8. Januar 2025 haben wir über unsere schweizerische Vertretung in AAA zwecks Anerkennung und Eintragung der Ehe in den schweizerischen Zivilstandsregistern die Urkunde der in BBB durchgeführten Trauung erhalten.

Wir haben festgestellt, dass einer von Ihnen noch nicht 16 Jahre alt ist.

Nach den Artikeln 32 und 45 des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht sowie Artikel 43a des Zivilgesetzbuchs sehen wir uns gezwungen, die Anerkennung Ihrer Ehe zu verweigern und diese Tatsachen den Strafverfolgungsbehörden zu melden. Denn nach Artikel 181a des Strafgesetzbuchs ist die Zwangsheirat strengstens verboten, auch wenn sie im Ausland erfolgt.

Zu Ihrer Information legen wir Ihnen ein Dokument mit den genannten Gesetzesbestimmungen bei.

Die vorliegende Mitteilung wird Ihnen von den Strafverfolgungsbehörden eröffnet, die mit der Untersuchung Ihres Falls beauftragt sind. Sie gilt als Verfügung, gegen die innert ... Tagen beim Departement ... des Kantons ... Beschwerde erhoben werden kann (Adresse).

Wir weisen Sie darauf hin, dass wir auf eventuelle Anfragen um Auskunft Ihrerseits oder von dritter Seite nicht eingehen können und dass wir ausschliesslich den Behörden Auskunft erteilen, die mit Ihrem Fall befasst sind.

Freundliche Grüsse

Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen des Kantons ZZ

(Unterschrift)

Anhang: erwähnt

Musterbrief für Anzeigen bei den Strafverfolgungsbehörden (siehe Ziff. 3.7 der Weisungen):

Weisung EAZW
Nr. 10.13.07.01 vom 1. Juli 2013 (Stand: 1. Januar 2025)
Massnahmen gegen Zwangsheiraten und erzwungene eingetragene Partnerschaften
sowie gegen Minderjährigenehen

Zivilstandsamt XX
Rathaus
7777 XX

Eingeschrieben und per Fax
Staatsanwaltschaft
Gerichtsgebäude
7777 XX

7777 XX, 15. Januar 2025

Betrifft: Anzeige einer potenziellen Zwangsheirat

Sehr geehrte Frau Staatsanwältin, sehr geehrter Herr Staatsanwalt

Am 8. Januar 2025 haben Frau/Herr A. und Frau/Herr B. in unserem Zivilstandsamt ein Eheschliessungsgesuch eingereicht.

Gemäss unseren Feststellungen und auf den ersten Blick beruht dieses Ehevorhaben nicht auf dem freien und vollen Einverständnis der Verlobten. Es könnte sich vielmehr um einen Versuch der Zwangsheirat im Sinne von Artikel 181a des Strafgesetzbuchs handeln.

Nach den Artikeln 43a und 99 des Zivilgesetzbuchs und den betreffenden Ausführungsbestimmungen (siehe Weisungen des Eidgenössischen Amtes für das Zivilstandswesen im Anhang) sind wir verpflichtet, die Trauung zu verweigern und Ihnen diese Tatsachen zu melden. Für Ihre Untersuchungen senden wir Ihnen im Anhang die vollständigen Unterlagen zur Eheschliessung und einen Beschrieb unserer Feststellungen.

Nach Artikel 16 Absatz 7 der Zivilstandsverordnung bitten wir Sie, umgehend die nötigen Schutzmassnahmen für die betroffenen Personen zu treffen (sowie auch für das Personal unseres Amtes; diesbezüglich weisen wir Sie darauf hin, dass unsere Mitarbeiterin, Frau H., in einem Telefonanruf fast offen mit dem Tod bedroht worden ist; die Drohungen werden im genannten Beschrieb wiedergegeben. Dementsprechend bitten wir Sie, auch für Frau H. Schutzmassnahmen zu treffen).

Des Weiteren legen wir Ihnen zwei Exemplare unserer Verfügung betreffend die Verweigerung der Eheschliessung / die Sistierung des Ehevorbereitungsverfahrens bei. Wir bitten Sie, diese den Verlobten persönlich oder in einer anderen Weise, die Gewähr für deren Schutz bietet, zu überreichen. Denn zur Wahrung des Untersuchungsgeheimnisses und zum Schutz der betroffenen Personen ist es nicht möglich, ihnen die Verfügung wie üblich per Post an ihren Wohnsitz zu senden oder durch uns persönlich auszuhändigen.

Nach Artikel 301 StPO bitten wir Sie, uns mitzuteilen, ob ein Strafverfahren eingeleitet und wie es erledigt wird, und uns zu informieren, falls Sie die Unterlagen an eine andere Behörde weiterleiten.

Für weitere Auskünfte stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Zivilstandsamt XX

(Unterschrift)

Anhänge: erwähnt.



Directive OFEC

no 10.13.07.01 du 1^{er} juillet 2013 (Etat: 1^{er} janvier 2025)

**Mesures de lutte contre les
mariages et partenariats forcés
ou avec un mineur**

Mariages et partenariats forcés ou avec un mineur

**Directive édictée par l'Office fédéral de l'état civil
en vertu de l'art. 84 de l'ordonnance sur l'état civil (OEC)**

Table des matières

1	Bases légales et présentation du système	5
1.1	CC, LPart, LDIP, OEC, LEtr, LAsi, CP	5
1.2	Travaux préparatoires	5
1.3	Mesures de lutte contre les mariages forcés et avec un mineur	5
1.4	Partenariat forcé ou avec un mineur	7
1.5	Données empiriques sur le phénomène des mariages forcés et avec un mineur	8
2	Notion de mariage forcé et de mariage avec un mineur	8
2.1	Notion de mariage forcé	8
2.2	Distinction entre mariage forcé et mariage avec un mineur	9
2.3	Distinction entre mariage forcé et mariage arrangé	9
3	Lutte préventive contre les mariages forcés et avec un mineur	10
3.1	Devoirs des offices de l'état civil en cas de mariage forcé <i>manifeste</i>	10
3.2	Devoirs des autorités de l'état civil en cas de mariage forcé <i>supposé</i>	11
3.3	Devoirs des offices de l'état civil au moment de célébrer le mariage	12
3.4	Devoirs des offices de l'état civil en cas de mariage supposé à la fois forcé et abusif (art. 97a CC)	13
3.5	Devoir des autorités de l'état civil en cas de mariages avec un mineur	13
3.6	Devoirs des offices de l'état civil dans le cadre de la délivrance d'un certificat de capacité matrimoniale	14
3.7	Modèles de décisions de refus et de dénonciation	14
3.8	Etat civil et nom porté en cas de refus de célébrer le mariage	15
4	Lutte <i>a posteriori</i> contre les mariages forcés et de mineurs déjà célébrés	15
4.1	Phénomène et présentation du système en vigueur	15
4.2	Dispositions applicables en cas de découverte de mariages forcés ou avec un mineur	16
4.3	Non-reconnaissance des mariages avec un mineur de moins de 16 ans	18
4.4	Non-reconnaissance des mariages avec un mineur lorsque l'un des époux était domicilié en Suisse	20
4.5	Refus de transcription des mariages manifestement forcés et des mariages de mineurs de moins de 16 ans dans le champ d'application de l'ALCP et de la Convention instituant l'Association Européenne de Libre-Échange	21
4.6	Réserve de l'ALCP et de la Convention AELE et d'autres traités internationaux potentiellement divergents en cas de mariages de mineurs	22
4.7	Dénonciation aux autorités pénales et de protection de l'enfant	23
4.8	Etat civil et nom porté en cas de mariage célébré à l'étranger et non reconnu en Suisse.	23
4.9	Situation juridique d'enfants nés au sein d'un mariage célébré à l'étranger et non reconnu en Suisse	24
5	Informations complémentaires sur les mariages forcés	24
5.1	Informations et soutien des époux	24
5.2	Etude "Mariages forcés" en Suisse : cause, formes et ampleur	25

6	Entrée en vigueur et dispositions transitoires	25
6.1	Date d'entrée en vigueur	25
6.2	Procédures pendantes au 1 ^{er} janvier 2025	25

Tableau des modifications

Modifications au 11.11.2024	NOUVEAU
A l'exception des points énumérés ci-dessous, le contenu de fond de la directive n'a pas changé.	
Nouvelles dispositions concernant les points:	Chiffre 1.3
Modifications au 1^{er} juin 2016	NOUVEAU
Nouvelle désignation du Secrétariat d'Etat aux migrations (SEM), qui a remplacé l'ancien Office fédéral des migrations (ODM) ; nouvelle adresse Internet où est diffusée l'étude "Mariages forcés" en Suisse : cause, formes et ampleur, réalisée par Mesdames Anna Neubauer et Janine Dahinden, de l'Université de Neuchâtel, sur mandat de l'ancien ODM.	Chiffres 1.3, 5.2 et 5.3 ; notes de bas de page 34, 41, 43, 54, 69, 96 et 97.
Renvoi à la jurisprudence rendue. Pas de modification pour la pratique des autorités de l'état civil.	Chiffre 4.3, note de bas de page 80
Modifications au 1^{er} janvier 2025	NOUVEAU
Refonte de la Directive suite à l'entrée en vigueur de la modification du 14 juin 2024 du Code civil suisse (mesures de lutte contre les mariages avec un mineur)	Tous les chiffres à l'exception des chiffres 3.3, 3.4, 3.6 à 3.8, 5.1 et 5.3.

1 Bases légales et présentation du système

1.1 CC, LPart, LDIP, OEC, LEtr, LAsi, CP

Le 15 juin 2012, l'Assemblée fédérale a adopté la loi fédérale concernant les mesures de lutte contre les mariages forcés¹. Le délai référendaire est échu le 4 octobre 2012, sans avoir été utilisé. Par arrêté du 27 mars 2013, le Conseil fédéral a fixé l'entrée en vigueur de cette modification au 1^{er} juillet 2013. Le 14 juin 2024, l'Assemblée fédérale a adopté des mesures de lutte contre les mariages avec un mineur, et partant modifié le Code civil (CC)², la loi sur le partenariat (LPart)³ et la loi fédérale sur le droit international privé (LDIP)⁴, le Code pénal (CP)⁵ ainsi que la loi fédérale sur les étrangers et l'intégration (LEI)⁶ et la loi sur l'asile (LAsi)⁷. Le délai référendaire est échu le 3 octobre 2024, sans avoir été utilisé. Par arrêté du 23 octobre 2024, le Conseil fédéral a fixé l'entrée en vigueur de cette modification au 1^{er} janvier 2025.

La mise en œuvre des modifications de 2013 a conduit à adapter l'ordonnance du 28 avril 2004 sur l'état civil (OEC)⁸.

A noter que ces réformes sont en revanche restées sans incidence sur l'ordonnance du 27 octobre 1999 sur les émoluments en matière d'état civil (OEEC)⁹. En effet, les mesures de lutte contre les mariages forcés et contre les mariages avec un mineur sont d'ordre public; les échanges d'informations entre autorités d'état civil et les autres autorités, notamment de protection de l'enfance et pénales sont exemptés d'émoluments (cf. art. 3 OEEC).

1.2 Travaux préparatoires

La loi fédérale concernant les mesures de lutte contre les mariages forcés de 2013 fait suite au Message du Conseil fédéral transmis aux Chambres le 23 février 2011¹⁰. La révision de 2024 fait suite au Message du Conseil fédéral transmis aux Chambres le 23 août 2023¹¹.

1.3 Mesures de lutte contre les mariages forcés et avec un mineur

Les officiers de l'état civil sont expressément tenus d'examiner s'il n'existe aucun élément permettant de conclure que la demande de mariage n'est manifestement pas l'expression de la libre volonté des fiancés¹².

¹ FF 2012 5479 (diffusé sur Internet sous <http://www.admin.ch/ch/f/ff/2012/5479.pdf>).

² Code civil suisse du 10 décembre 1907 (CC), RS 210.

³ Loi fédérale sur le partenariat enregistré entre personnes du même sexe du 18 juin 2004, loi sur le partenariat (LPart), RS 211.231.

⁴ Loi fédérale sur le droit international privé du 18 décembre 1987 (LDIP), RS 291.

⁵ Code pénal suisse du 21 décembre 1937 (CP), RS 311.

⁶ Loi fédérale sur les étrangers et l'intégration du 16 décembre 2005 (LEI), RS 142.20.

⁷ Loi sur l'asile du 26 juin 1998 (LAsi), RS 142.31.

⁸ Ordonnance sur l'état civil du 28 avril 2004 (OEC), RS 211.112.2 ; l'ordonnance modifiée et les commentaires relatifs à la révision sont publiés sur Internet sous [Bases légales](#).

⁹ Ordonnance sur les émoluments en matière d'état civil du 27 octobre 1999 (OEEC), RS 172.042.110.

¹⁰ FF 2011 2045 (diffusé sur Internet sous <http://www.admin.ch/ch/f/ff/2011/2045.pdf>).

¹¹ FF 2023 2127 (diffusé sur Internet sous <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2023/2127/fr>).

¹² Cf. art. 99 al. 1 ch. 3 CC et 66 al. 2 let. f OEC.

Il convient en outre de combattre les mariages avec un mineur.

La célébration du mariage en Suisse est régie par le droit suisse exclusivement¹³, ce qui signifie que les unions de mineurs ne peuvent pas être célébrées dans notre pays.

Les mariages valablement célébrés à l'étranger sont reconnus avec certaines exceptions. Au titre des exceptions, il faut citer désormais les règles spécifiques applicables aux mariages de mineurs. La reconnaissance des unions célébrées à l'étranger est refusée tant que les deux époux n'ont pas atteint l'âge de 16 ans ou si, lorsque le mariage a été célébré, l'un des époux n'avait pas atteint l'âge de 18 ans et que l'un des deux au moins était domicilié en Suisse¹⁴. Les détails sont fixés au chiffre 4.2 ci-dessous.

Les mariages forcés et les mariages de mineurs sont en outre annulables d'office¹⁵.

D'autre part, les autorités de l'état civil qui ont des raisons de croire qu'un mariage est entaché d'un vice entraînant la nullité doivent en informer l'autorité compétente pour intenter l'action en annulation¹⁶. L'action est régie par le droit suisse¹⁷.

Les autorités d'état civil sont tenues de dénoncer les infractions pénales constatées dans l'exercice de leurs fonctions¹⁸. Cela concerne en particulier les mariages forcés, qui constituent un cas de contrainte qualifiée, érigé en crime; à noter que les infractions de mariages forcés commises à l'étranger sont également poursuivies¹⁹.

Sont en particulier visées les infractions suivantes²⁰:

- infractions contre l'intégrité sexuelle²¹;
- crimes ou délits contre la famille²²;
- faux dans les titres²³;
- infractions aux art. 115 à 122 LEI.

Concrètement, les autorités d'état civil dénoncent les faits qu'elles constatent. La qualification juridique de ces faits incombe aux autorités de poursuites pénales.

D'entente avec le Secrétariat aux migrations (SEM), il est précisé qu'il n'y a pas lieu de dénoncer les cas de séjour illégal qui auront été constatés dans le cadre de l'enregistrement de la naissance ou de la reconnaissance d'un enfant.

¹³ Cf. art. 44 LDIP.

¹⁴ Cf. art. 45 al. 3 LDIP.

¹⁵ Cf. art. 105 ch. 5 et 105a CC.

¹⁶ Cf. art. 106 al. 1 CC et 16 al. 8 OEC.

¹⁷ Cf. art. 45a LDIP.

¹⁸ Cf. art. 43a al. 3^{bis} CC, 16 al. 7 OEC.

¹⁹ Cf. art. 181a CP qui réprime aussi bien les mariages forcés, civils ou religieux, que les partenariats forcés et le Message du 23.2.2011 relatif à une loi fédérale concernant les mesures de lutte contre les mariages forcés, ch. 2.3 diffusé sous <http://www.admin.ch/ch/f/ff/2011/2045.pdf>.

²⁰ Cf. art. 65 al. 2 OEC.

²¹ Cf. art. 187 à 200 CP.

²² Cf. art. 213 à 220 CP.

²³ Cf. art. 251 à 257 CP.

La Constitution fédérale²⁴ et plusieurs instruments internationaux²⁵ imposent d'enregistrer toutes les naissances à brève échéance et sans exception²⁶. Cette obligation est mise en œuvre dans le Code civil²⁷, l'Ordonnance sur l'état civil²⁸ et les Directives et Circulaires de l'OFEC²⁹.

Une dénonciation entraverait gravement l'enregistrement et risquerait en sus de pousser les personnes concernées à renoncer aux soins lors de l'accouchement et de mettre ainsi en péril la santé de la mère et de l'enfant.

La loi impose aux autorités de l'état civil à la fois d'enregistrer l'enfant et de dénoncer le séjour illégal des déclarants. Ces obligations entrent ainsi en collision. Pour déterminer quel devoir l'emporte, il faut procéder à une pesée des intérêts en présence. L'obligation d'enregistrement est supérieure par rapport à l'obligation de dénoncer le séjour illégal.

Pour ces raisons, l'obligation de dénoncer les déclarants s'efface dans ce cas spécifique et les autorités de l'état civil agissent de manière licite en renonçant à la dénonciation³⁰.

1.4 Partenariat forcé ou avec un mineur

Le phénomène des unions forcées a touché jusqu'ici l'institution du mariage uniquement. Des cas de partenariats forcés ou avec un mineur ne sont pas connus à ce jour. Cela étant, afin de prévenir tous abus, des dispositions analogues sont également prévues pour le partenariat enregistré qui est sanctionné aussi bien sur le plan civil que pénal³¹.

Conformément au vœu du législateur, le partenariat enregistré qui instaure des droits et obligations semblables au mariage lui est assimilé et les mesures de lutte applicables sont identiques³². Ainsi, les présents développements qui se réfèrent principalement au mariage sont transposables au partenariat.

²⁴ Cf. les art. 7, 14, 37, 38 et 122 de la Constitution fédérale (Cst.; RS 101).

²⁵ Cf. les art. 8, 12 et 14 de la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales (CEDH; RS 0.101), l'art. 24 du Pacte international du 16 décembre 1966 relatif aux droits civils et politiques (Pacte II de l'ONU; RS 0.103.2) et les art. 2, 4, 7 et 8 de la Convention relative aux droits de l'enfant (CDE; RS 0.107). L'art. 7 ch. 1 CDE qui est directement applicable et peut être invoqué devant toute autorité (cf. ATF 125 I 257) prévoit que "L'enfant est enregistré aussitôt sa naissance et a dès celle-ci le droit à un nom, le droit d'acquérir une nationalité et, dans la mesure du possible, le droit de connaître ses parents et d'être élevé par eux". La Suisse s'est engagée à prendre toutes les mesures nécessaires dans ce sens (art. 2 ch. 2, 3 ch. 3 et 4 et 7 CDE).

²⁶ Voir le Rapport du Conseil fédéral du 6 mars 2009 "Enregistrement de la naissance des enfants étrangers" en exécution du postulat 06.3861 Vermot-Mangold "Enfants vivant en Suisse sans identité" du 20 décembre 2006, notamment les ch. 2.2 et 6.1 ss.

²⁷ Cf. les art. 9, 33, 39 à 49 et 252 ss CC.

²⁸ Cf. les 7 à 9, 15 à 17, 19, 20, 34, 35 et 91 OEC.

²⁹ Cf. en particulier les Directives no 10.08.10.01 "Saisie des personnes étrangères dans le registre de l'état civil" et la Circulaire no 20.08.10.01 "Enregistrement de la naissance d'un enfant de parents étrangers dont les données ne sont pas disponibles dans le registre de l'état civil".

³⁰ Cf. art. 14 et 305 CP; voir également l'ATF 130 IV 7, cons. 7.

³¹ Cf. art. 9 à 9b, 10 et 37b LPart et art. 181a CP et le Message du Conseil fédéral du 23.08.2023 concernant la modification du code civil suisse (mesures de lutte contre les mariages avec un mineur), ch. 5.4, diffusé sous <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2023/2127/fr>.

³² Message du Conseil fédéral du 23.2.2011 relatif à une loi fédérale concernant les mesures de lutte contre les mariages forcés, ch. 1.3.1.5 et 2.1 ad art. 6 et 9 LPart, diffusé sous <http://www.ad->

1.5 Données empiriques sur le phénomène des mariages forcés et avec un mineur

Le profil socio-économique des personnes touchées par les mariages forcés et les mariages avec un mineur est très variable. De manière générale, l'on s'accorde à dire qu'il s'agit d'une forme spécifique de violence domestique, liée à des aspects transnationaux³³. Concernant l'ampleur du phénomène, une étude a recensé 145 soupçons de mariages forcés et 226 soupçons de mariage avec un mineur pour la période allant du 1^{er} juillet 2013 au 31 décembre 2017 ; 2 actions en annulation du mariage fondée sur la contrainte et 10 actions fondées sur la minorité des époux ont été intentées³⁴.

2 Notion de mariage forcé et de mariage avec un mineur

2.1 Notion de mariage forcé

Conformément au Pacte international relatif aux droits civils et politiques, "nul mariage ne peut être conclu sans le libre et plein consentement des futurs époux".³⁵

La Convention sur l'élimination de toutes les formes de discrimination à l'égard des femmes leur garantit en outre "le même droit de contracter mariage et de choisir librement son conjoint et de ne contracter mariage que de son libre et plein consentement".³⁶

En conséquence, aucun individu, homme ou femme, ne peut être marié contre son gré.

Concrètement, chaque personne est libre de contracter mariage ou non, et le cas échéant de choisir son conjoint³⁷. Cette liberté doit également être rapprochée de la liberté personnelle³⁸ et de l'interdiction de toute discrimination fondée sur le mode de vie³⁹.

Concrètement, cela signifie que tout un chacun est libre de vivre seul ou en couple, de s'engager le cas échéant dans les liens du mariage (ou du partenariat enregistré dans les Etats qui connaissent cette forme d'union), ou de vivre sa relation dans le cadre d'une union libre (concubinage).

[min.ch/ch/f/ff/2011/2045.pdf](https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2023/2127/fr) et le Message du Conseil fédéral du 23.08.2023 concernant la modification du code civil suisse (mesures de lutte contre les mariages avec un mineur), ch. 5.4, diffusé sous <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2023/2127/fr>.

³³ Voir l'étude "Mariages forcés" en Suisse : cause, formes et ampleur, réalisée par Mesdames Anna Neubauer et Janine Dahinden, de l'Université de Neuchâtel. L'étude est diffusée sur Internet sous <https://www.sem.admin.ch/dam/data/sem/publiservice/publikationen/zwangsheirat/zus-zwangsheirat-f.pdf>.

³⁴ Message du Conseil fédéral du 23.08.2023 concernant la modification du code civil suisse (mesures de lutte contre les mariages avec un mineur), ch. 1.1.6, diffusé sous <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2023/2127/fr>.

³⁵ Cf. art. 23 al. 3 Pacte II de l'ONU (RS 0.103.2).

³⁶ Cf. art. 16 al. 1 let. a et b (RS 0.108).

³⁷ Ces droits sont également déduits de la garantie du mariage ancrée dans la Constitution fédérale (art. 14 Cst.; RS 101) et la Convention européenne des droits de l'homme (art. 12 CEDH; RS 0.101).

³⁸ Cf. art. 10 Cst.

³⁹ Cf. art. 8 al. 2 Cst.

Défini de manière négative, le mariage forcé est donc l'union contractée au mépris du consentement des fiancés ou de l'un d'eux.

L'article 181a CP, introduit en 2013 et modifié en 2024, précise encore le contour de la notion de mariage forcé:

"Quiconque, en usant de violence envers une personne, en la menaçant d'un dommage sérieux ou en l'entravant de quelque autre manière dans sa liberté d'action, l'oblige à conclure un mariage civil ou religieux ou un partenariat enregistré est puni d'une peine privative de liberté de cinq ans au plus ou d'une peine pécuniaire."

2.2 Distinction entre mariage forcé et mariage avec un mineur

Il y a lieu de distinguer entre les mariages forcés et les mariages avec un mineur. Dans le cas d'un mariage forcé, l'union est célébrée contre la libre volonté de l'un ou des deux époux. Or, le seul fait que l'un des deux fiancés au moins n'ait pas encore 18 ans ne signifie pas obligatoirement que l'on est en présence d'un mariage forcé, car le mariage n'a pas nécessairement été conclu contre la volonté du mineur. Il ne serait donc pas correct de qualifier de mariages forcés tous les mariages avec un mineur, tout comme il existe des mariages forcés qui ne sont pas des mariages avec un mineur⁴⁰.

2.3 Distinction entre mariage forcé et mariage arrangé

Il y a lieu de distinguer également entre les mariages forcés, qui sont proscrits, et les mariages arrangés qui ne remettent pas en cause la liberté de choix des fiancés.

Lors du traitement de la motion Heberlein Trix (06.3658) "Mesures contre les mariages forcés ou arrangés" au Parlement, l'argument décisif du législateur a été le suivant⁴¹:

"De l'avis du Conseil fédéral, il ne s'impose de légiférer qu'en ce qui concerne les mariages forcés parce qu'ils violent le droit d'autodétermination des personnes touchées. En revanche, un mariage arrangé peut déboucher sur une union librement consentie. En pareil cas, il n'y a pas atteinte au libre arbitre des personnes concernées."

A noter que la distinction reste toutefois délicate dans la pratique⁴².

⁴⁰ Message du Conseil fédéral du 23.08.2023 concernant la modification du code civil suisse (mesures de lutte contre les mariages avec un mineur), ch. 1.1.2.3, diffusé sous <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2023/2127/fr>.

⁴¹ Voir l'intervention Widmer-Schlumpf au Conseil des Etats le 2 juin 2008; BO 2008 E 355. L'intervention originale est en allemand. La version reproduite ici est une traduction reprise du Rapport et avant-projet du Conseil fédéral relatifs au traitement de la Motion Heberlein, du 18 novembre 2008 (ch. 1.1.1).

⁴² Cf. l'étude "Mariages forcés" en Suisse: cause, formes et ampleur, réalisée par Mesdames Anna Neubauer et Janine Dahinden, de l'Université de Neuchâtel. L'étude est diffusée sur Internet sous <https://www.sem.admin.ch/dam/data/sem/publiservice/publikationen/zwangsheirat/zus-zwangsheirat-f.pdf>.

Compte tenu du but de la loi et de la répression pénale des mariages forcés érigés en crime, les services de l'état civil devront dans le doute dénoncer les faits constatés aux autorités de poursuites pénales, lesquelles disposent des moyens nécessaires pour établir l'existence d'un mariage forcé et protéger les victimes (voir chiffre 3.2 ci-dessous).

3 Lutte préventive contre les mariages forcés et avec un mineur

3.1 Devoirs des offices de l'état civil en cas de mariage forcé *manifeste*

Conformément au libellé de la loi, l'office de l'état civil n'a pas à rechercher systématiquement les cas de mariages forcés mais "vérifier qu'il n'existe aucun élément permettant de conclure que la demande n'est *manifestement* pas l'expression de la libre volonté" des fiancés⁴³.

Même si des études empiriques ont démontré que certains groupes sociaux sont plus souvent confrontés au phénomène des mariages forcés⁴⁴, l'officier de l'état civil n'a pas à mener d'enquête systématique sur l'existence potentielle d'une telle union, en particulier si les fiancés sont issus de l'un des groupes les plus touchés.

Une telle attitude irait non seulement à l'encontre de la volonté du législateur mais serait également une grave entorse à l'interdiction de la discrimination fondée sur l'origine ou la situation sociale⁴⁵ notamment.

La lutte contre les mariages forcés n'est pas nouvelle. Depuis toujours, l'officier de l'état civil doit refuser son concours, lorsque le consentement des fiancés n'est pas libre.

Dans le cadre de mesures d'urgence visant à lutter contre les mariages forcés, le Conseil fédéral avait déjà inséré un nouvel alinéa 1^{bis} à l'article 65 OEC, entré en vigueur le 1^{er} janvier 2011. Cette norme a le contenu suivant :

"L'officier de l'état civil rappelle aux fiancés qu'il ne peut célébrer le mariage s'il n'est pas l'expression de leur libre volonté."

Très concrètement, les fiancés sont rendus attentifs aux conséquences pénales du mariage forcé⁴⁶, lorsqu'ils remplissent la formule de *"Déclaration relative aux conditions du mariage (déposée conformément à l'art. 98, al. 3, CC)"*.

Ainsi, l'office doit refuser son concours lorsqu'une telle situation apparaît de manière *manifeste*, c'est-à-dire flagrante et évidente.

En d'autres termes, les violences ou pressions exercées sur les fiancés ou l'un d'eux "sautent aux yeux"; elles ont été constatées par le personnel de l'office (p. ex. pressions des personnes

⁴³ Cf. art. 99 al. 1 ch. 3 CC et 66 al. 2 let. f OEC.

⁴⁴ Cf. l'étude "Mariages forcés" en Suisse : cause, formes et ampleur, réalisée par Mesdames Anna Neubauer et Janine Dahinden, de l'Université de Neuchâtel. L'étude est diffusée sur Internet sous <https://www.sem.admin.ch/dam/data/sem/publiservice/publikationen/zwangsheirat/zus-zwangsheirat-f.pdf>.

⁴⁵ Cf. art. 8 al. 2 Cst.

⁴⁶ Cf. art. 65 al. 2 OEC.

accompagnant les fiancés à l'office) ou lui ont été relatées par les fiancés ou l'un d'eux, voire par un tiers.

Contrairement à la procédure mise en place pour lutter contre les mariages fictifs (voir toutefois cas présenté sous chiffre 3.4 ci-dessous)⁴⁷, l'officier de l'état civil ne procède nullement à l'audition des fiancés mais signale immédiatement les faits constatés aux autorités de poursuites pénales⁴⁸. Les détails sont réglés dans les chiffres 3.2 et 3.7 ci-dessous.

3.2 Devoirs des autorités de l'état civil en cas de mariage forcé *supposé*

Depuis la réforme entrée en vigueur le 1^{er} juillet 2013, les autorités de l'état civil sont tenues de dénoncer aux autorités compétentes les infractions pénales qu'elles constatent dans l'exercice de leurs fonctions⁴⁹. En particulier, elles doivent signaler aux autorités de poursuites pénales tous éléments qui pourraient être constitutifs d'une tentative de mariage forcé, tentative qui est punissable pénalement⁵⁰.

Les autorités de poursuites pénales doivent prendre sans délai les mesures de protection nécessaires⁵¹ en faveur de la ou des victimes. Ces mesures s'étendent au besoin au personnel des autorités de l'état civil, éventuellement mis en danger.

Par autorités de l'état civil, il faut entendre les offices de l'état civil, leurs autorités cantonales de surveillance de l'état civil et l'Office fédéral de l'état civil ; lorsqu'il a prêté son concours à la préparation du mariage⁵², le personnel des représentations suisses à l'étranger devra également le cas échéant être protégé de manière adéquate.

Dans l'hypothèse où un cas de mariage forcé est porté à la connaissance de plusieurs autorités de l'état civil simultanément (p. ex. à l'office de l'état civil du domicile de chaque fiancé, ou à l'office de l'état civil et à son autorité de surveillance), celles-ci sont en principe toutes tenues de dénoncer l'infraction aux autorités de poursuites pénales.

Pour des raisons pratiques, il leur est loisible de décider qu'une seule autorité rassemblera les informations disponibles pour les communiquer aux autorités pénales. Dans ce cas, une copie de la dénonciation sera adressée aux autres autorités de l'état civil concernées. Pour les mêmes raisons pratiques, même si le personnel des représentations suisses à l'étranger est également tenu de dénoncer les infractions constatées dans le cadre du traitement d'une demande de mariage⁵³, il y a lieu de prévoir qu'il incombe aux autorités internes de l'état civil de procéder à la dénonciation.

⁴⁷ Cf. art. 97a CC et 74a CC.

⁴⁸ Cf. art. 43a al. 3^{bis} CC et 16 al. 7 OEC.

⁴⁹ Cf. art. 43a al. 3^{bis} CC et 16 al. 7 OEC.

⁵⁰ Cf. art. 22 et 181a CP ainsi que le Message du Conseil fédéral du 23.2.2011 relatif à une loi fédérale concernant les mesures de lutte contre les mariages forcés, ch. 2.1 ad art. 99 CC, diffusé sous <http://www.admin.ch/ch/f/ff/2011/2045.pdf>.

⁵¹ Cf. art. 16 al. 7 OEC.

⁵² Cf. art. 5 al. 1 let. c OEC.

⁵³ Cf. art. 22a LPers et 302 CPP.

L'autorité cantonale de surveillance de l'état civil du siège de l'office de l'état civil en charge de la procédure de préparation du mariage pourra désigner l'autorité de l'état civil appelée à transmettre la dénonciation aux autorités de poursuites pénales.

En fin de compte, l'existence d'une tentative de mariage forcé, en fonction de l'intention du ou des auteurs et du degré de réalisation de l'infraction sera appréciée par les autorités pénales, seules compétentes.

Aussi, en exécution de leur devoir de dénoncer, les autorités de l'état civil doivent, *non seulement dans les cas manifestes* (voir ch. 3.1 ci-dessus), *mais également en cas de doute quant à l'existence d'un mariage forcé*, dénoncer les faits constatés aux autorités de poursuites pénales et refuser la célébration⁵⁴.

La dénonciation sera adressée au ministère public du canton du siège de l'autorité de l'état civil qui a fait les constatations, avec une copie du dossier de préparation du mariage. L'autorité de poursuites pénales devra être invitée à renseigner l'autorité de l'état civil des suites données à la dénonciation⁵⁵.

Compte tenu de l'indépendance des juridictions civile, pénale et administrative, le classement de la procédure pénale ne conduit pas automatiquement à donner une suite favorable à une éventuelle reprise de la procédure préparatoire du mariage ou une nouvelle demande de mariage entre les mêmes personnes dès lors que la libération au pénal peut se fonder sur des raisons sans pertinence du point de vue de l'état civil (l'irresponsabilité du prévenu ou son erreur sur l'illicéité de l'acte peut conduire au classement de la procédure ou à un acquittement alors que les conditions du mariage forcé sont objectivement réalisées).

3.3 Devoirs des offices de l'état civil au moment de célébrer le mariage

Le mariage forcé peut être décelé aussi bien dans le cadre de la préparation du mariage qu'au moment de sa célébration. Aussi, il est important que l'officier de l'état civil appelé à célébrer le mariage, qui peut être différent de l'officier de l'état civil qui l'a préparé⁵⁶, puisse refuser la célébration si les éléments permettant de conclure à un mariage forcé apparaissent à ce moment seulement.

Dans les cas manifestes de mariage forcé, l'officier de l'état civil refusera son concours, annulera l'autorisation de mariage (par le rejet de la transaction "Mariage" dans Infostar) et en avisera par une décision formelle les fiancés et l'officier de l'état civil qui a mené la procédure préparatoire du mariage. Cette décision sera communiquée aux personnes concernées conformément à la procédure décrite sous chiffre 3.7 ci-dessous.

Dans les cas de mariage forcé supposé, la procédure sera suspendue; au surplus, il est renvoyé par analogie au chiffre 3.2 ci-dessus.

⁵⁴ Cf. art. 67 al. 3 et 71 al. 5 OEC.

⁵⁵ Cf. art. 16, 22, 31 et 301 CPP.

⁵⁶ Cf. art. 99 al. 3 CC, 67 al. 2 et 70 al. 3 OEC.

3.4 Devoirs des offices de l'état civil en cas de mariage supposé à la fois forcé et abusif (art. 97a CC)

Conformément aux travaux préparatoires relatifs à la loi fédérale sur la lutte contre les mariages forcés⁵⁷, l'officier de l'état civil confronté à un mariage susceptible d'être à la fois un mariage forcé et un mariage abusif devra refuser son concours et dénoncer l'affaire aux autorités pénales. En principe, il ne procédera donc pas à une audition des fiancés au sens des articles 97a CC et 74a OEC.

Il est néanmoins possible que les éléments permettant de conclure à un mariage forcé apparaissent lors de l'audition des fiancés seulement parce que l'un d'eux s'est par exemple confié à l'officier de l'état civil à cette occasion.

Si l'hypothèse d'un mariage forcé est finalement écartée au vu de l'issue de l'enquête pénale menée, l'officier de l'état civil examinera à nouveau si le mariage doit être refusé au regard de l'article 97a CC.

Au surplus, il est renvoyé aux Directives OFEC 10.07.12.01 "Mariages et partenariats abusifs" du 5 décembre 2007⁵⁸.

3.5 Devoir des autorités de l'état civil en cas de mariages avec un mineur

Depuis la réforme entrée en vigueur le 1^{er} juillet 2013, la célébration du mariage est exclusivement régie par le droit suisse⁵⁹. Il n'est plus envisageable de célébrer le mariage de personnes de moins de 18 ans sur le territoire suisse, en vertu d'un droit étranger par exemple.

Les autorités de l'état civil mises au courant d'un projet de mariage de mineurs qui pourraient se dérouler à l'étranger, doivent le dénoncer aux autorités de poursuites pénales si le mariage est potentiellement constitutif de mariage forcé⁶⁰ et aux autorités de protection de l'enfance du domicile de l'enfant⁶¹. En effet, l'infraction de mariage forcé commise à l'étranger et la tentative sont punissables⁶²; par ailleurs, des mesures de protection doivent être le cas échéant prises en faveur de l'enfant ou des enfants concernés⁶³.

⁵⁷ Voir Message du Conseil fédéral du 23.2.2011, ch. 2.1 ad art. 99 CC; le texte est diffusé sous <http://www.admin.ch/ch/f/ff/2011/2045.pdf>.

⁵⁸ Le texte est diffusé sous www.ofec.admin.ch.

⁵⁹ Cf. l'art. 44 LDIP.

⁶⁰ Cf. art. 43a al. 3^{bis} CC et 16 al. 7 OEC.

⁶¹ Cf. art. 315 CC et 50 al. 3 OEC.

⁶² Cf. art. 181a CP qui réprime aussi bien les mariages forcés, civils ou religieux, que les partenariats forcés et le Message du 23.2.2011 relatif à une loi fédérale concernant les mesures de lutte contre les mariages forcés, ch. 2.3 diffusé sous <http://www.admin.ch/ch/f/ff/2011/2045.pdf>.

⁶³ Cf. art. 315 CC et 50 al. 3 OEC.

3.6 Devoirs des offices de l'état civil dans le cadre de la délivrance d'un certificat de capacité matrimoniale

Les règles ci-dessus s'appliquent de manière analogue en cas d'indices de mariage forcé apparus dans le cadre de la délivrance d'un certificat de capacité matrimoniale⁶⁴.

Concrètement, les autorités de l'état civil refuseront de délivrer ledit certificat et signaleront les faits aux autorités de poursuites pénales. Pour assurer la protection des personnes concernées, le refus leur sera communiqué par l'intermédiaire des autorités de poursuites pénales. Il est renvoyé au surplus aux développements sous chiffres 3.1 à 3.5 et 3.7.

A noter que selon les données empiriques disponibles⁶⁵, un grand nombre de mariages forcés sont contractés non pas en Suisse mais à l'étranger. Aussi, il y a lieu de prêter une attention particulière à la lutte contre les mariages forcés dans le cadre de la délivrance de certificats de capacité matrimoniale et à la reconnaissance d'unions célébrées à l'étranger (voir chiffres 4.1 et suivants ci-dessous). L'établissement d'un certificat de capacité matrimoniale est en particulier exclu si l'un des fiancés est mineur ou s'il existe des éléments permettant de conclure que la demande n'est manifestement pas l'expression de la libre volonté des fiancés⁶⁶.

3.7 Modèles de décisions de refus et de dénonciation

En annexe sont diffusés des modèles de décisions à l'adresse des fiancés et de dénonciation aux autorités de poursuites pénales. Afin de protéger les victimes, sauvegarder le secret de l'instruction et les droits des parties à la procédure, la décision de refus de célébrer ou de suspension de la procédure sera transmise aux autorités de poursuites pénales qui seront invitées à la remettre aux personnes concernées en même temps qu'elles seront avisées de l'ouverture d'une instruction pénale. Ces autorités sont notamment tenues de prendre sans délai les mesures de protection nécessaires⁶⁷. Il s'agit en effet de veiller à ce que les victimes potentielles soient dûment protégées au moment où est ouverte une instruction sur un éventuel mariage forcé.

Dans cette optique, les autorités de l'état civil refuseront de donner des renseignements aux personnes concernées sans en référer préalablement aux autorités de poursuites pénales et celles-ci devront être invitées à remettre la décision des autorités de l'état civil aux personnes concernées en mains propres ou de toute autre manière permettant de garantir leur protection.

Dans les cas de mariage forcé manifeste (voir ci-dessus chiffre 3.1), l'officier de l'état civil refuse la célébration⁶⁸; dans les cas de mariage forcé supposé, la procédure est suspendue durant l'instruction pénale; au vu de l'issue de la procédure pénale (voir ci-dessus chiffre 3.2),

⁶⁴ Cf. art. 75 al. 2 OEC.

⁶⁵ Cf. l'étude "Mariages forcés" en Suisse : cause, formes et ampleur, réalisée par Mesdames Anna Neubauer et Janine Dahinden, de l'Université de Neuchâtel. L'étude est diffusée sur Internet sous <https://www.sem.admin.ch/dam/data/sem/publiservice/publikationen/zwangsheirat/zus-zwangsheirat-f.pdf>.

⁶⁶ Cf. art. 75 al. 2 à combiner avec l'art. 66 al. 2 let. c et f OEC.

⁶⁷ Cf. 16 al. 7 OEC.

⁶⁸ Cf. 67 al. 3 OEC.

l'officier de l'état civil reprend la procédure de préparation du mariage ou refuse la célébration⁶⁹.

A chaque fois, la décision de refus ou de suspension est susceptible de recours; le délai court dès la notification intervenue par l'intermédiaire des autorités de poursuites pénales⁷⁰.

Afin d'atteindre une pratique uniforme en Suisse, le contenu des modèles de décisions et de dénonciation a valeur de directives et l'usage de ces modèles est en conséquence obligatoire.

3.8 Etat civil et nom porté en cas de refus de célébrer le mariage

En cas de refus de célébrer, l'état civil des personnes concernées par le mariage forcé n'est pas modifié. Aussi, les "fiancés" conservent leur état civil et nom qu'ils avaient au moment du dépôt de la procédure de préparation du mariage (p. ex. "célibataire").

4 Lutte *a posteriori* contre les mariages forcés et de mineurs déjà célébrés

4.1 Phénomène et présentation du système en vigueur

Les mariages forcés ou de mineurs découverts *a posteriori* doivent être combattus.

Selon les données empiriques disponibles⁷¹, un grand nombre de mariages forcés sont contractés non pas en Suisse mais à l'étranger. A compter du 1^{er} juillet 2013, la célébration du mariage en Suisse est exclusivement régie par le droit suisse⁷², ce qui signifie que les unions de mineurs sont depuis lors exclues dans notre pays et que les cas restants sont *de facto* des situations internationales⁷³.

Aussi, il y a lieu de prêter une attention particulière à la lutte contre les mariages forcés dans le cadre de la reconnaissance des unions célébrées à l'étranger.

Le système en vigueur se présente depuis 2025 comme suit.

Mariages avec un mineur :

La célébration d'un mariage avec un mineur est par principe exclu en Suisse. Si un tel mariage devait néanmoins être célébré dans notre pays, par l'usage de faux documents par exemple, l'union devrait être annulée d'office au regard de l'article 105a CC et les autorités de l'état civil doivent en informer l'autorité compétente pour qu'elle intente l'action en annulation.

⁶⁹ Cf. 67 al. 3 OEC.

⁷⁰ Cf. 90 OEC.

⁷¹ Cf. l'étude "Mariages forcés" en Suisse : cause, formes et ampleur, réalisée par Mesdames Anna Neubauer et Janine Dahinden, de l'Université de Neuchâtel. L'étude est diffusée sur Internet sous <https://www.sem.admin.ch/dam/data/sem/publiservice/publikationen/zwangsheirat/zus-zwangsheirat-f.pdf>.

⁷² Cf. l'art. 44 LDIP; voir ch. 3.5 ci-dessus.

⁷³ Cf. le Message du Conseil fédéral du 23.08.2023 concernant la modification du code civil suisse (mesures de lutte contre les mariages avec un mineur), ch. 1.1.4.1, diffusé sous <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2023/2127/fr>.

La reconnaissance des unions célébrées à l'étranger est refusée tant que les deux époux n'ont pas atteint l'âge de 16 ans ou si, lorsque le mariage a été célébré, l'un des époux n'avait pas atteint l'âge de 18 ans et que l'un des deux au moins était domicilié en Suisse⁷⁴. A noter que l'application d'accords internationaux, tels que l'ALCP⁷⁵ et la Convention AELE⁷⁶ peut faire obstacle au refus de reconnaissance.

D'autre part, si la personne concernée avait moins de 16 ans au moment du mariage, mais 16 ans révolus au moment de l'examen et non encore 25 ans, alors l'article 105a CC s'applique et entraîne la procédure d'annulation, sous réserve de l'autre exception si l'un des époux était domicilié en Suisse ; les autorités de l'état civil doivent en informer l'autorité compétente pour qu'elle intente l'action en annulation. Après l'ouverture de l'instance, l'âge ne joue plus de rôle ; si les époux ont 26, 27 ans ou plus, le mariage doit néanmoins être annulé sauf si le juge conclut que c'est du plein gré des époux que ceux-ci déclarent vouloir maintenir l'union⁷⁷.

Les autorités de protection de l'enfant sont en outre avisées, tout comme les autorités de poursuites pénales en cas de soupçon d'infraction pénale. Pour les détails, voir les chiffres 3.2, 4.2, 4.3, 4.4, 4.6 et 4.7.

Mariages forcés :

Les unions forcées doivent être annulées d'office conformément à l'article 105 ch. 5 CC ; les autorités de l'état civil doivent en informer l'autorité compétente pour qu'elle intente l'action en annulation ; les autorités de poursuites pénales sont également avisées. Voir les chiffres 1.3, 4.2 et 4.7.

A noter encore que si un des fiancés est suisse ou si tous deux ont leur domicile en Suisse, le mariage célébré à l'étranger n'est pas reconnu lorsque la célébration est intervenue à l'étranger dans l'intention manifeste d'éluder les dispositions sur l'annulation du mariage prévues par le droit suisse⁷⁸. Pour les détails, l'on renvoie aux chiffres 4.2 et 4.5.

4.2 Dispositions applicables en cas de découverte de mariages forcés ou avec un mineur

En vertu de l'adage "pas de nullité sans texte" (en latin : "*nulla annullatio matrimonii sine lege*"), les unions légalement conclues déploient leurs effets jusqu'à leur éventuelle annulation⁷⁹.

Lorsqu'elles ont des raisons de croire qu'un mariage est entaché d'un vice entraînant la nullité, les autorités de l'état civil doivent en informer l'autorité compétente pour qu'elle intente l'action en annulation⁸⁰. Les données sont bloquées par l'autorité cantonale de surveillance⁸¹. La mesure de blocage est levée lorsque la décision judiciaire, annulant le mariage ou maintenant celui-ci sera devenue définitive ; la saisie de l'annulation du mariage s'effectue simultanément à la levée du blocage⁸².

⁷⁴ Cf. art. 45 al. 3 LDIP.

⁷⁵ RS 0.142.112.681.

⁷⁶ RS 0.632.31.

⁷⁷ Cf. art. 105a al. 1 ch. 2 CC.

⁷⁸ Cf. art. 45 al. 2 LDIP.

⁷⁹ Cf. art. 104 CC ; Message du 23.2.2011 relatif à une loi fédérale concernant les mesures de lutte contre les mariages forcés, ch. 1.1.3.2 diffusé sous <http://www.admin.ch/ch/f/ff/2011/2045.pdf>.

⁸⁰ Cf. art. 106 al. 1, 2^e phr. CC et 16 al. 8 OEC.

⁸¹ Cf. art. 46a OEC.

⁸² Cf. art. 46a OEC.

Depuis la réforme entrée en vigueur le 1^{er} juillet 2013, les mariages forcés et les mariages de mineurs sont annulables d'office à l'instar des cas de bigamie, d'incapacité durable de discernement, de l'existence d'un lien de parenté prohibé et d'abus lié à la législation sur les étrangers⁸³.

Depuis le 1^{er} janvier 2025, l'annulation du mariage en cas de minorité d'un des époux est réglée de manière spécifique à l'article 105a CC qui a le contenu suivant.

"¹ Le mariage doit être annulé par le juge lorsque l'un des époux était mineur au moment de la célébration et qu'il n'a pas encore atteint l'âge de 25 ans au moment où l'action en annulation du mariage est intentée.

² Le mariage doit toutefois être maintenu:

- 1. lorsque l'époux concerné est encore mineur et que le juge conclut à titre exceptionnel que son intérêt prépondérant commande de maintenir le mariage et que cela correspond à sa libre volonté, ou*
- 2. lorsque l'époux concerné est devenu majeur et que le juge conclut que c'est de son plein gré qu'il déclare vouloir maintenir le mariage.*

Sur le plan international, l'article 45 LDIP prévoit ce qui suit :

"¹ Un mariage valablement célébré à l'étranger est reconnu en Suisse. L'art. 45a est réservé.

² Si un des fiancés est suisse ou si tous deux ont leur domicile en Suisse, le mariage célébré à l'étranger est reconnu, à moins qu'ils ne l'aient célébré à l'étranger dans l'intention manifeste d'éluder les dispositions sur l'annulation du mariage prévues par le droit suisse.

³ Un mariage célébré à l'étranger n'est pas reconnu :

a. tant que les deux époux n'ont pas atteint l'âge de 16 ans, ou

b. si, lorsque le mariage a été célébré, l'un des époux n'avait pas atteint l'âge de 18 ans et que l'un des deux au moins était domicilié en Suisse.».

A cet égard, l'on renvoie aux chiffres 4.3 et 4.4 ci-dessous.

Il faut en outre mentionner les cas de refus de transcription des mariages manifestement forcés et des mariages de mineurs de moins de 16 ans, qui tombent dans le champ d'application de l'ALCP⁸⁴ et de la Convention instituant l'Association Européenne de Libre-Échange⁸⁵, textes qui peuvent s'opposer à la non-reconnaissance. A cet égard, l'on renvoie au chiffre 4.5 und 4.6 ci-dessous.

Avec la réforme entrée en vigueur le 1^{er} janvier 2025, l'article 45 alinéa 1 LDIP a été complété par une phrase qui prévoit que l'article 45a est réservé. Cet ajout sert à clarifier la pratique : la reconnaissance d'un mariage célébré à l'étranger n'exclut pas en soi l'action en annulation ; le cas échéant, les autorités d'état civil doivent en informer l'autorité compétente pour qu'elle intente l'action en annulation⁸⁶.

⁸³ Cf. l'art. 105 ch. 5 et art. 105a CC. En matière de partenariat enregistré, cf. les art. 9 à 9b LPart.

⁸⁴ RS 0.142.112.681.

⁸⁵ RS 0.632.31.

⁸⁶ Cf. le Message du Conseil fédéral du 23.08.2023 concernant la modification du code civil suisse (mesures de lutte contre les mariages avec un mineur), ch. 5.5 ad art. 45, al. 3, let. a LDIP, diffusé sous <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2023/2127/fr>.

L'article 45a LDIP fixe la compétence des tribunaux suisses, le droit applicable à l'annulation du mariage, les règles sur les mesures provisoires et effets accessoires ainsi que les conditions de reconnaissance des décisions étrangères d'annulation.

Il y a lieu en outre de dénoncer les cas aux autorités de poursuites pénales et de protection de l'enfant. L'on renvoie au surplus aux chiffres 3.2, 3.7 et 4.7 ci-dessous.

4.3 Non-reconnaissance des mariages avec un mineur de moins de 16 ans

En vertu de l'article 45 alinéa 3 lettre a LDIP, en vigueur depuis le 1^{er} janvier 2025, les mariages avec des mineurs de moins de 16 ans au moment de l'examen ne sont pas reconnus.

Cette nouvelle disposition marque clairement que les mariages de très jeunes personnes ne sont pas compatibles avec l'ordre public suisse et a pour avantage que les personnes concernées n'ont pas à être confrontées à la charge émotionnelle d'une procédure judiciaire.

Il convient de distinguer l'âge lors de la conclusion du mariage de l'âge lorsqu'une autorité suisse est amenée à connaître de l'union (moment de l'examen).

Si la personne concernée avait moins de 16 ans au moment du mariage, mais 16 ans révolus au moment de l'examen mais non encore 25 ans, alors l'article 105a CC s'applique et entraîne la procédure d'annulation (voir le chiffre 4.2 ci-dessus), sous réserve de l'autre exception si l'un des époux était domicilié en Suisse (art. 45 al. 3 let b LDIP ; voir le chiffre 4.4 ci-dessous).

Selon les travaux préparatoires⁸⁷, l'âge déterminant pour l'application de l'article 45 alinéa 3 lettre a LDIP est donc celui de l'époux concerné au moment de l'examen du dossier ; en ce qui concerne l'application de l'article 45 alinéa 3 lettre b LDIP, c'est l'âge et le domicile au moment de la célébration. La non-reconnaissance signifie que le mariage ne produit aucun effet au regard du droit suisse et rend inutile l'annulation. La non-reconnaissance claire permet dans un premier temps aux personnes concernées (comme aux autorités) de faire l'économie d'une action en annulation pour cause de mariage forcé en application de l'article 105 chiffre 5 CC, car la non-reconnaissance prime⁸⁸. Une fois que la personne concernée a 16 ans, le mariage est valable et les causes d'annulation inscrites aux articles 105 chiffre 5 et 105a CC s'appliquent.

Aucune annulation *pro futuro* avant 16 ans n'est donc prévue. Si une procédure d'annulation est pendante le 1^{er} janvier 2025, soit au moment de l'entrée en vigueur de la disposition sur la non-reconnaissance, elle peut néanmoins suivre son cours⁸⁹. En ce qui concerne le droit transitoire, l'on renvoie en outre au chiffre 6.2 ci-dessous.

⁸⁷ Cf. le Message du Conseil fédéral du 23.08.2023 concernant la modification du code civil suisse (mesures de lutte contre les mariages avec un mineur), ch. 5.5 ad art. 45 al. 3 let. a LDIP, diffusé sous <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2023/2127/fr>.

⁸⁸ Cf. le Message du Conseil fédéral du 23.08.2023 concernant la modification du code civil suisse (mesures de lutte contre les mariages avec un mineur), ch. 4.2.1.2, diffusé sous <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2023/2127/fr>.

⁸⁹ Cf. art. 199c 2^e phr. LDIP.

Ces considérations valent également pour les mariages forcés avec un mineur. La non-reconnaissance claire protège suffisamment l'époux concerné. Après ses 16 ans, l'action en annulation pour cause de contrainte⁹⁰ peut être intentée.

Il suit de ce qui précède que l'autorité cantonale de surveillance de l'état civil appelée à statuer sur la reconnaissance et la transcription d'un tel mariage célébré à l'étranger⁹¹ ou l'officier de l'état civil appelé à saisir pour la première fois un ressortissant étranger au registre de l'état civil suisse⁹² devra refuser la reconnaissance et l'enregistrement du mariage tant que l'un des époux n'a pas atteint l'âge de 16 ans au moment de l'examen du dossier ou si lorsque le mariage a été célébré, l'un des époux n'avait pas atteint l'âge de 18 ans et que l'un des deux au moins était domicilié en Suisse. Dans ces cas, conformément à la volonté du législateur, aucune action en annulation n'est par principe prévue ; cela étant, les autorités de l'état civil doivent en informer l'autorité compétente pour qu'elle intente l'action en annulation quand les conditions légales seront réunies (moment de l'action, compétence *ratione loci*), après avoir le cas échéant procédé à un échange de vues avec l'autorité de protection de l'enfant, qui peut également désigner un curateur *ad hoc* à l'enfant pour le procès⁹³.

Il est à noter que comme pour toutes les dispositions de la LDIP, dans le cas de l'article 45 alinéa 3 lettre a LDIP, les traités internationaux (potentiellement divergents) sont réservés⁹⁴.

Il s'agit en particulier de l'Accord entre la Confédération suisse, d'une part, et la Communauté européenne et ses États membres, d'autre part, sur la libre circulation des personnes (ci-après ALCP)⁹⁵ et de la Convention instituant l'Association Européenne de Libre-Échange (ci-après Convention AELE)⁹⁶. L'on renvoie à cet égard au chiffre 4.6 ci-dessous.

Dans ces cas où le mariage doit néanmoins être reconnu nonobstant la minorité d'un époux ou des soupçons de mariage forcé, il y a lieu d'aviser l'autorité compétente pour qu'elle intente l'action en annulation⁹⁷. A cet égard, l'on renvoie au surplus au chiffre 4.2 ci-dessus.

En toutes hypothèses, les autorités de l'état civil sont tenues de dénoncer aux autorités compétentes les infractions pénales qu'elles constatent dans l'exercice de leurs fonctions⁹⁸ et signaler en particulier tous éléments qui pourraient être constitutifs d'une tentative de mariage forcé, tentative qui est punissable pénalement⁹⁹. Il convient également de communiquer le cas

⁹⁰ Cf. art. 105 ch. 5 CC.

⁹¹ Cf. art. 32 LDIP et 23 OEC.

⁹² Cf. art. 15 et 15a OEC.

⁹³ Cf. le Message du Conseil fédéral du 23.08.2023 concernant la modification du code civil suisse (mesures de lutte contre les mariages avec un mineur), ch. 5.4, diffusé sous <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2023/2127/fr>.

⁹⁴ Cf. art. 1, al. 2, LDIP.

⁹⁵ RS 0.142.112.681.

⁹⁶ RS 0.632.31.

⁹⁷ Cf. art. 106 al. 1 2^e phr. CC et 16 al. 8 OEC.

⁹⁸ Cf. art. 43a al. 3^{bis} CC et 16 al. 7 OEC.

⁹⁹ Cf. art. 22 et 181a CP, le Message du Conseil fédéral du 23.2.2011 relatif à une loi fédérale concernant les mesures de lutte contre les mariages forcés, ch. 2.1 ad art. 99 CC, diffusé sous <http://www.admin.ch/ch/f/ff/2011/2045.pdf> ainsi que le Message du Conseil fédéral du 23.08.2023 concernant la modification du code civil suisse (mesures de lutte contre les mariages avec un mineur), ch. 5.5 ad art. 45 al. 3 let. a et art. 45 al. 3 let. b CC, diffusé sous <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2023/2127/fr>.

à l'autorité de protection de l'enfant. L'on renvoie au surplus aux chiffres 3.2, 3.7 et 4.7 ci-dessus.

4.4 Non-reconnaissance des mariages avec un mineur lorsque l'un des époux était domicilié en Suisse

En vertu de l'article 45 alinéa 3 lettre b LDIP, en vigueur depuis le 1^{er} janvier 2025, un mariage n'est pas reconnu si, lorsque le mariage a été célébré, l'un des époux n'avait pas atteint l'âge de 18 ans et que l'un des deux au moins était domicilié en Suisse.

Cette nouvelle disposition vise à résoudre le problème récurrent et jugé particulièrement choquant que constituent les mariages conclus pendant les vacances d'été. Des mineurs qui vivent en Suisse sont mariés dans le pays d'origine de leur famille, parfois durant les vacances d'été. Après l'union, le second époux vient à son tour en Suisse. Les personnes mineures concernées sont le plus souvent bien intégrées ; elles ont grandi en Suisse et y ont été scolarisées. Leur intérêt à être protégées est dans ces cas particulièrement élevé, tandis que leur intérêt à la poursuite du mariage est faible. Ces situations constituent bien souvent des mariages forcés au sens de la loi (art. 105 ch. 5 CC et 181a CP), mais qui sont complexes à prouver et ne peuvent guère être identifiés sans le concours des personnes concernées. La non-reconnaissance claire permet aux personnes concernées (comme aux autorités) de faire l'économie d'une action en annulation¹⁰⁰.

Selon les travaux préparatoires¹⁰¹, le point de rattachement est ici le domicile et la nationalité est sans importance¹⁰². Le domicile est défini à l'article 20 LDIP, qui s'appuie sur l'article 23 CC. À ce titre, un demandeur d'asile n'ayant pas été renvoyé immédiatement, qui réside en Suisse avec l'intention de s'y établir et qui y trouve le centre de ses activités est par exemple domicilié en Suisse. S'il est impossible d'attribuer un domicile à une personne en raison de son jeune âge, sa résidence habituelle au sens de l'article 20 alinéa 1 lettre b LDIP est déterminante¹⁰³. A noter que les époux sont libres de se remarier une fois qu'ils sont majeurs. Le remariage ne constitue pas une réparation du premier mariage non reconnu, qui ne produira toujours aucun effet.

Les cas qui tombent sous le coup de l'ALCP ou de la convention AELE sont abordés au chiffre 4.6 ci-dessous.

En ce qui concerne les tâches concrètes des autorités de l'état civil, l'on renvoie au chiffre 4.3 ci-dessus.

¹⁰⁰ Cf. art. 105 ch. 5 CC.

¹⁰¹ Cf. le Message du Conseil fédéral du 23.08.2023 concernant la modification du code civil suisse (mesures de lutte contre les mariages avec un mineur), ch. 5.5 ad art. 45 al. 3 let. b LDIP, diffusé sous <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2023/2127/fr>.

¹⁰² à l'inverse de ce que prévoit l'art. 45 al. 2 LDIP.

¹⁰³ Cf. art. 20 al. 2 LDIP.

4.5 Refus de transcription des mariages manifestement forcés et des mariages de mineurs de moins de 16 ans dans le champ d'application de l'ALCP¹⁰⁴ et de la Convention instituant l'Association Européenne de Libre-Échange¹⁰⁵

L'autorité cantonale de surveillance de l'état civil appelée à reconnaître un mariage célébré à l'étranger¹⁰⁶ ou l'officier de l'état civil appelé à saisir pour la première fois un ressortissant étranger au registre de l'état civil suisse¹⁰⁷ doit dans certains cas refuser l'enregistrement du lien du mariage en Suisse, sur le fondement de la réserve générale de l'ordre public¹⁰⁸. Si l'on doit partir de l'idée que le mariage sera ensuite annulé par le tribunal compétent, il serait choquant de reconnaître une telle union.

La transcription de l'union étrangère doit être refusée s'il ne fait pas de doute que ce mariage est forcé¹⁰⁹ et que l'un des conjoints ou les deux s'opposent clairement à sa transcription. Il doit également être refusé si le mariage a été conclu avec un mineur de moins de 16 ans dans le champ d'application de l'ALCP¹¹⁰ et de la Convention instituant l'Association Européenne de Libre-Échange¹¹¹ (voir chiffre 4.6 ci-dessous). Le mariage devra néanmoins être communiqué à l'autorité cantonale compétente pour agir en annulation, du fait que le tribunal détient seul la compétence de prononcer l'annulation avec un effet à l'égard de tous (effet *erga omnes*).

A cet égard, l'on rappellera que l'autorité cantonale de surveillance de l'état civil devra entendre préalablement les époux s'il n'est pas établi que, dans l'Etat étranger où le mariage a été célébré, leurs droits ont été suffisamment respectés au cours de la procédure de préparation de mariage. Il y aura en particulier lieu de vérifier que le mariage célébré à l'étranger ne l'a pas été sur la base d'une procuration frauduleuse¹¹².

La reconnaissance sera également refusée lorsque le mariage a été célébré à l'étranger au mépris d'une décision des autorités de l'état civil suisses, refusant le mariage ou contrairement à des mesures ou injonctions d'autres autorités suisses, notamment d'autorités de poursuites pénales ou de protection de l'adulte ou de l'enfant (ce fait qui n'est pas communiqué d'office aux autorités de l'état civil leur sera par exemple signalé par les personnes concernées).

Le refus de reconnaissance du mariage fera l'objet d'une décision formelle de l'autorité cantonale de surveillance de l'état civil, respectivement de l'officier de l'état civil, notifiée aux personnes concernées par l'intermédiaire des autorités de poursuites pénales (voir sous chiffre

¹⁰⁴ RS 0.142.112.681.

¹⁰⁵ RS 0.632.31.

¹⁰⁶ Cf. art. 32 LDIP et 23 OEC.

¹⁰⁷ Cf. art. 15 et 15a OEC.

¹⁰⁸ Cf. art. 27 al. 2, 32 LDIP et 23 OEC.

¹⁰⁹ Message du 23.2.2011 relatif à une loi fédérale concernant les mesures de lutte contre les mariages forcés, ch. 1.3.2.1 diffusé sous <http://www.admin.ch/ch/f/ff/2011/2045.pdf>.

¹¹⁰ RS 0.142.112.681.

¹¹¹ RS 0.632.31.

¹¹² Les mariages par procuration valablement célébrés à l'étranger continuent à pouvoir être reconnus en Suisse, ce pour autant que la procuration ait été valablement donnée, ce qui doit être vérifié par l'autorité de surveillance appelée à reconnaître le mariage dans le cadre de l'art. 32 al. 3 LDIP. Message du 23.2.2011 relatif à une loi fédérale concernant les mesures de lutte contre les mariages forcés, ch. 1.1.4.3 et 1.3.2.5 diffusé sous <http://www.admin.ch/ch/f/ff/2011/2045.pdf>.

3.7 ci-dessus). Le refus de transcription déploiera ses effets jusqu'à la reddition du jugement civil refusant de reconnaître le mariage, annulant ou maintenant celui-ci.

Au surplus, le cas devra être communiqué aux autorités de poursuites pénales et de protection de l'enfant, lesquelles seront invitées à désigner le cas échéant un curateur *ad hoc* chargé de défendre les intérêts de l'enfant dans les procédures administrative, civile et pénale engagées. Au surplus, l'on renvoie au chiffre 4.7 ci-dessous.

4.6 Réserve de l'ALCP et de la Convention AELE et d'autres traités internationaux potentiellement divergents en cas de mariages de mineurs

La non-reconnaissance de mariages célébrés à l'étranger est soumise à la réserve générale des traités internationaux (potentiellement divergents)¹¹³.

Selon les travaux préparatoires¹¹⁴, il s'agit en particulier de l'ALCP¹¹⁵ et de la Convention AELE¹¹⁶. La non-reconnaissance d'un mariage prive le cas échéant le conjoint de la possibilité d'exercer le droit à la libre circulation dont il bénéficie directement sur la base de ces traités internationaux¹¹⁷. Le mariage de mineurs de moins de 16 ans est à vrai dire relativement rare dans les Etats de l'UE et de l'AELE, puisque ces Etats fixent en règle générale l'âge nubile à 18 ans, sauf en Ecosse, où cet âge est fixé à 16 ans. Dans certains Etats, les fiancés peuvent être autorisés à se marier avant cet âge avec le consentement des parents et/ou une autorisation officielle. De fait, seule l'Estonie prévoit un âge en dessous de 16 ans (15 ans) alors que les législations de la Belgique, de la Finlande, de la France, de la Grèce, de l'Irlande, du Luxembourg et de la Slovénie ne prévoient pas de seuil minimum. Toutefois, dans tous ces Etats, la célébration du mariage requiert préalablement d'être approuvée par une décision judiciaire ou administrative (Finlande, Grèce, Irlande, Slovénie), accompagnée pour certains Etats même du consentement des parents (Belgique, France, Luxembourg)¹¹⁸.

Des restrictions aux droits accordés par l'ALCP ou la Convention AELE ne peuvent être autorisées qu'à condition d'être justifiées par des motifs d'ordre public, au sens desdits traités¹¹⁹ ou par d'autres raisons impérieuses d'intérêt général, et si le principe de proportionnalité est respecté. Des limitations à la libre circulation des personnes revêtant un caractère automatique sont en effet contraires à ces accords internationaux.

¹¹³ Cf. art. 1 al. 2 LDIP.

¹¹⁴ Cf. le Message du Conseil fédéral du 23.08.2023 concernant la modification du code civil suisse (mesures de lutte contre les mariages avec un mineur), ch. 7.2.2, diffusé sous <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2023/2127/fr>.

¹¹⁵ RS 0.142.112.681.

¹¹⁶ RS 0.632.31.

¹¹⁷ Cf. l'art. 7 let. d ALCP et l'art. 3 annexe I ALCP, respectivement l'art. 7 let. d annexe K et l'art. 3 annexe K appendice 1 de la Convention AELE.

¹¹⁸ Cf. l'étude de l'Agence européenne des droits humains (FRA) indiquée à la note de bas de page 65 du Message du Conseil fédéral du 23.08.2023 concernant la modification du code civil suisse (mesures de lutte contre les mariages avec un mineur), diffusé sous <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2023/2127/fr>. L'étude de la FRA est diffusée sous <https://fra.europa.eu/en/publication/2017/mapping-minimum-age-requirements/marriage-consent-public-authority-and-or-public-figure>

¹¹⁹ Cf. l'art. 5 annexe I ALCP et l'art. 5 annexe K appendice 1 de la Convention AELE.

Sur la base de l'article 1 alinéa 2 LDIP, il convient donc d'opérer, pour les bénéficiaires desdits traités dont le mariage a été conclu ou reconnu par un État de l'UE ou de l'AELE, une pesée des intérêts au cas par cas, en prenant en compte aussi bien l'intérêt de protection général, en particulier la garantie institutionnelle du mariage, que de l'intérêt de protection individuel de chaque conjoint.

Dans ces cas, le mariage avec un mineur est d'abord reconnu puis fait systématiquement l'objet d'une action en annulation¹²⁰ ; les autorités de l'état civil doivent ainsi en informer l'autorité compétente pour qu'elle intente l'action en annulation¹²¹. En cas de soupçon de mariage forcé, les autorités de poursuites pénales doivent également être avisées¹²².

Au surplus, l'on renvoie aux chiffres 3.2, 3.7, 4.2, 4.5 et 4.7.

4.7 Dénonciation aux autorités pénales et de protection de l'enfant

La dénonciation aux autorités de poursuites pénales a été présentée sous chiffres 3.2 et 3.7 ci-dessus.

En cas de mariage de personnes de moins de 18 ans, l'autorité de surveillance de l'état civil communique ce fait à l'autorité de protection de l'enfant pour que celle-ci prenne les mesures tutélaires nécessaires¹²³.

4.8 Etat civil et nom porté en cas de mariage célébré à l'étranger et non reconnu en Suisse.

En cas de refus de reconnaissance d'un mariage célébré à l'étranger, la position juridique des personnes concernées par le mariage forcé n'est pas modifiée. Aussi, les personnes concernées conservent leur état civil et nom qu'elles avaient immédiatement avant la célébration du mariage à l'étranger (p. ex. "célibataire").

En cas d'annulation du mariage, celle-ci est communiquée par l'autorité judiciaire immédiatement après l'entrée en force du jugement et saisie dans le registre de l'état civil avec la date de la dissolution¹²⁴. L'état civil des époux est "non marié"¹²⁵. Si elle est suisse ou domiciliée en Suisse, la personne qui a le cas échéant modifié son nom lors du mariage peut reprendre son nom de célibataire en tout temps¹²⁶.

Si l'autorité judiciaire maintient le mariage, l'état civil des époux sera "marié"¹²⁷. Le nom est déterminé conformément aux règles ordinaires applicables au mariage¹²⁸.

¹²⁰ Cf. l'art. 105a CC.

¹²¹ Cf. art. 106 al. 1, 2^e phr. CC et 16 al. 8 OEC.

¹²² Cf. art. 43a al. 3^{bis} CC et 16 al. 7 OEC.

¹²³ Cf. art. 315 CC et 50 al. 3 OEC.

¹²⁴ Cf. art. 7 al. 2 let. j, 8 let. o, 40 al. 1 let. d et 43 OEC.

¹²⁵ Cf. art. 8 let. f ch. 1 OEC.

¹²⁶ Cf. art. 109 al. 2, 119 CC, 37 LDIP, 13, 13a, 14 al. 3 OEC.

¹²⁷ Cf. art. 8 let. f ch. 1 OEC.

¹²⁸ Cf. art. 37 LDIP, 160 CC, 12 OEC.

4.9 Situation juridique d'enfants nés au sein d'un mariage célébré à l'étranger et non reconnu en Suisse

L'établissement de la filiation est régi par les articles 68 et 69 LDIP.

Conformément à ces dispositions, la non-reconnaissance en Suisse d'un mariage célébré à l'étranger ne signifie pas forcément que les enfants nés au sein d'un tel mariage ne soient pas considérés comme issus du couple en question.

En effet, l'établissement de la filiation est régi par le droit de l'État de la résidence habituelle de l'enfant ; si aucun des parents n'est domicilié dans l'État de la résidence habituelle de l'enfant et si les parents et l'enfant ont la nationalité d'un même État, le droit de cet État est applicable. Pour déterminer le droit applicable à l'établissement à la contestation de la filiation, on se fondera sur la date de la naissance.

Il suit que l'enfant pourra être considéré comme issu des œuvres du mari de la mère, si le mariage est reconnu dans l'Etat de la résidence habituelle de l'enfant, respectivement selon le droit de la nationalité de l'enfant et des parents, si ce droit correspond par exemple à celui du lieu de célébration du mariage. Si le mariage des parents est réputé valable selon l'un des droits susmentionnés, la doctrine dominante estime que cela doit être respecté pour la question de la filiation, même si le mariage n'est pas reconnu en Suisse.

Si la mère avait sa résidence habituelle en Suisse au moment de la naissance, les motifs de non-reconnaissance de l'article 45 alinéa 3 LDIP s'appliquent, même si le mariage était valable dans l'État de résidence précédent. Dans un souci de sécurité du droit et afin d'éviter des situations boiteuses entre la Suisse et l'étranger, il convient d'informer les personnes concernées sur la possibilité de reconnaissance volontaire de paternité devant l'officier de l'état civil¹²⁹, respectivement d'actions judiciaires visant la constatation de la paternité¹³⁰ ou son désaveu¹³¹. L'autorité de protection de l'enfant devra être informée de l'existence d'enfants nés durant le mariage non reconnu pour que dite autorité prenne les mesures tutélaires nécessaires¹³².

5 Informations complémentaires sur les mariages forcés

5.1 Informations et soutien des époux

Les autorités de l'état civil et en particulier les officiers de l'état civil ont un devoir d'information. Les fiancés doivent être rendus attentifs à la prohibition des mariages forcés¹³³.

A cet effet, les autorités de l'état civil peuvent renvoyer aux mémentos préparés notamment par l'OFEC ("Mémento sur le mariage en Suisse, disponible dans les trois langues officielles

¹²⁹ Cf. art. 260 CC et 11 OEC.

¹³⁰ Cf. art. 261 CC et action générale de constatation (cf. l'art.88 CPC).

¹³¹ Cf. art. 256 CC.

¹³² Cf. art. 315 CC et 50 al. 3 OEC.

¹³³ Cf. art. 65 al. 1^{bis} OEC.

ainsi que dans plusieurs langues étrangères ; "Mémento sur le mariage célébré à l'étranger"¹³⁴).

Les autorités de l'état civil dirigeront également le public et les personnes concernées vers les organismes spécialisés, soit en particulier les centres de consultation LAVI¹³⁵ et organisations de soutien (par exemple BRAVA (anciennement : *Terre des femmes*)¹³⁶ et *Zwangsheirat.ch*, respectivement *mariageforce.ch*¹³⁷).

5.2 Etude "Mariages forcés" en Suisse : cause, formes et ampleur

Les autorités de l'état civil trouveront des informations complémentaires dans l'étude "Mariages forcés" en Suisse : cause, formes et ampleur¹³⁸, réalisée par Mesdames Anna Neubauer et Janine Dahinden, de l'Université de Neuchâtel. Il y a lieu de citer également le rapport de Christian Rüfli, Büro Vatter « Evaluation der zivilrechtlichen Bestimmungen zu Zwangs- und Minderjährigenheiraten » du 27 mars 2019 ainsi que le Rapport du Conseil fédéral « Évaluation des dispositions du code civil concernant les mariages forcés et de mineurs », du 29 janvier 2020¹³⁹.

6 Entrée en vigueur et dispositions transitoires

6.1 Date d'entrée en vigueur

La présente directive entre en vigueur le **1^{er} janvier 2025**. Elle annule et remplace toutes directives antérieures contraires.

6.2 Procédures pendantes au 1er janvier 2025

En vertu de l'article 7a du Titre final CC, tout mariage d'une personne qui était mineure lors de sa célébration et qui n'a pas encore 25 ans le 1^{er} janvier 2025 est régi par le nouveau droit et la nouvelle cause d'annulation du mariage selon l'article 105a CC est applicable, que le mariage ait été célébré avant ou après la révision.

Une exception est toutefois prévue pour les unions dans lesquelles l'époux concerné a entre 18 et 25 ans au moment de l'entrée en vigueur de la loi. Dans ces cas, les autorités ne doivent

¹³⁴ Les mémentos sont diffusés sur le site Internet de l'OFEC sous <http://www.bj.admin.ch/content/bj/fr/home/themen/gesellschaft/zivilstand/merkblaetter.html>.

¹³⁵ Loi fédérale du 23 mars 2007 sur l'aide aux victimes d'infractions (Loi sur l'aide aux victimes); RS 312.5. Voir également le site <https://www.aide-aux-victimes.ch/fr/>.

¹³⁶ www.brava-ngo.ch. Par ailleurs, des informations générales sur les mariages forcés ainsi que sur l'offre d'aide pour les personnes concernées dans toute la Suisse peuvent être trouvées sur le site <https://www.gegen-zwangsheirat.ch/>.

¹³⁷ <http://www.zwangsheirat.ch/>, resp. <http://www.mariageforce.ch>.

¹³⁸ L'étude est diffusée sur Internet sous <https://www.sem.admin.ch/dam/data/sem/publiservice/publikationen/zwangsheirat/zus-zwangsheirat-f.pdf>.

¹³⁹ Les deux rapports sont diffusés sur Internet sous <https://www.bj.admin.ch/bj/fr/home/gesellschaft/ge-setzgebung/minderjaehrigenheirat.html>.

pas intervenir d'office, car le droit en vigueur jusqu'au 31 décembre 2024 prévoit la réparation du vice. Les dispositions transitoires les dispensent également de rechercher activement de tels cas. Les personnes concernées auront néanmoins la possibilité de faire annuler leur mariage en vertu de la nouvelle cause d'annulation liée à la minorité. Seul l'époux marié lorsqu'il était mineur pourra intenter cette action jusqu'à la veille de ses 25 ans¹⁴⁰.

La nouvelle cause d'annulation s'applique aux procédures en cours devant les tribunaux de première ou de seconde instance.

Selon l'article 199c LDIP, la règle en vertu de laquelle les mariages conclus avec un mineur de moins de 16 ans ne sont pas reconnus, telle qu'elle figure à l'article 45 alinéa 3 lettre a LDIP, s'applique également aux unions antérieures au 1^{er} janvier 2025.

Selon les dispositions préparatoires¹⁴¹, les mariages concernés ne peuvent pas non plus faire l'objet d'une action en annulation. Une action fondée sur l'article 105a CC est uniquement possible à partir du moment où la personne concernée atteint 16 ans (sous réserve des cas soumis à l'ALCP ou à la Convention AELE ; voir le chiffre 4.6 ci-dessus). Une exception est néanmoins prévue pour les procédures d'annulation déjà pendantes au 1^{er} janvier 2025, qui pourront suivre leur cours sans égard au nouveau droit.

Délibérément exclu du champ d'application de l'article 199c LDIP, l'article 45 alinéa 3 lettre b LDIP doit uniquement s'appliquer aux mariages célébrés après son entrée en vigueur. Les mariages conclus auparavant tombent quant à eux sous le coup du nouvel article 105a CC¹⁴². Les autorités d'état civil n'ont pas à reprendre les dossiers déjà clôturés.

Office fédéral de l'état civil OFEC

David Rüetschi

Annexes:

Modèles de décisions de refus de célébrer et de dénonciation aux autorités de poursuites pénales

¹⁴⁰ Cf. le Message du Conseil fédéral du 23.08.2023 concernant la modification du code civil suisse (mesures de lutte contre les mariages avec un mineur), ch. 5.1 ad art. 7a Titre final CC, diffusé sous <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2023/2127/fr>.

¹⁴¹ Cf. le Message du Conseil fédéral du 23.08.2023 concernant la modification du code civil suisse (mesures de lutte contre les mariages avec un mineur), ch. 5.5 ad art. 199a et 199b LDIP, diffusé sous <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2023/2127/fr>.

¹⁴² Cf. art. 7a Titre final CC.

Annexes

Modèle de décision de refus de célébrer le mariage / de refus de délivrer un certificat de capacité matrimoniale (voir ch. 3.1, 3.6 et 3.7 des directives) :

Office de l'état civil de XX
Hôtel-de-Ville
7777 XX

Notifié en mains propres

Madame A.

Monsieur B.

7777 XX, le 15 janvier 2025

Concerne : votre projet de mariage

Madame, Monsieur,

En date du 8 janvier 2025, vous avez déposé une demande de mariage à notre office.

Selon nos constatations, votre mariage ne repose pas sur votre libre et plein consentement.

Conformément aux articles 43a et 99 du Code civil, nous nous voyons contraints de refuser de célébrer votre mariage/ de vous délivrer le certificat de capacité matrimoniale requis et de communiquer ces faits aux Autorités de poursuites pénales. Le mariage forcé est en effet sévèrement réprimé par l'article 181a du Code pénal.

Les dispositions légales précitées sont reproduites en annexe pour votre information.

La présente communication vous est notifiée par l'intermédiaire des Autorités de poursuites pénales chargées d'instruire ce dossier ; elle constitue une décision qui est susceptible de recours dans les ... jours auprès de l'Autorité cantonale de surveillance de l'état civil du Canton de Z... (adresse).

Nous précisons que nous ne pourrions entrer en matière sur d'éventuelles demandes de renseignements de votre part ou de la part de tiers et que nous ne répondrons qu'aux Autorités saisies de votre dossier.

Veuillez agréer, Madame, Monsieur, nos salutations distinguées.

Office de l'état civil de XX

(signature)

Annexe : ment.

Modèle de décision de suspension de la procédure de préparation du mariage (voir chiffres 3.2 et 3.7 des directives) :

Office de l'état civil de XX
Hôtel-de-Ville
7777 XX

Notifié en mains propres

Madame A.

Monsieur B.

7777 XX, le 15 janvier 2025

Concerne : votre projet de mariage

Madame, Monsieur,

En date du 8 janvier 2025, vous avez déposé une demande de mariage à notre office.

Selon nos constatations, votre mariage ne repose pas sur votre libre et plein consentement.

Conformément aux articles 43a et 99 du Code civil, nous nous voyons contraints de suspendre la procédure de préparation de votre mariage et de communiquer ces faits aux Autorités de poursuites pénales. Le mariage forcé est en effet sévèrement réprimé par l'article 181a du Code pénal.

Les dispositions légales précitées sont reproduites en annexe pour votre information.

La présente communication vous est notifiée par l'intermédiaire des Autorités de poursuites pénales chargées d'instruire ce dossier; elle constitue une décision qui est susceptible de recours dans les ... jours auprès de l'Autorité cantonale de surveillance de l'état civil du Canton de Z... (adresse).

Nous précisons que nous ne pourrions entrer en matière sur d'éventuelles demandes de renseignements de votre part ou de la part de tiers et que nous ne répondrons qu'aux Autorités saisies de votre dossier.

Veuillez agréer, Madame, Monsieur, nos salutations distinguées.

Office de l'état civil de XX

(signature)

Annexe : ment.

Modèle de décision de refus de célébrer le mariage / de suspension de la procédure par l'officier célébrant (voir chiffres 3.3 et 3.7 des directives) :

Office de l'état civil de YY
Hôtel-de-Ville
8888 YY

Notifié en mains propres

Madame C.

Monsieur D.

8888 YY, le 15 janvier 2025

Concerne : votre projet de mariage

Madame, Monsieur,

En date du 8 janvier 2013, vous vous êtes présentés à notre Office en vue d'organiser la célébration de votre mariage au sein de notre arrondissement ; vous avez fait valoir une autorisation de célébrer délivrée par l'Office de l'état civil de XX, délivrée en date du 20 décembre 2024.

Selon nos constatations / Selon nos constatations et à première vue, votre mariage ne repose pas sur votre libre et plein consentement.

Conformément aux articles 43a et 99 du Code civil, nous nous voyons contraints de refuser de célébrer votre mariage, d'annuler l'autorisation de célébrer précitée / de suspendre la procédure de célébration du mariage et de communiquer ces faits à l'Office de l'état civil de XX ainsi qu'aux Autorités de poursuites pénales. Le mariage forcé est en effet sévèrement réprimé par l'article 181a du Code pénal.

Les dispositions légales précitées sont reproduites en annexe pour votre information.

La présente communication vous est notifiée par l'intermédiaire des Autorités de poursuites pénales chargées d'instruire ce dossier; elle constitue une décision qui est susceptible de recours dans les ... jours auprès de l'Autorité cantonale de surveillance de l'état civil du Canton de... (adresse).

Nous précisons que nous ne pourrions entrer en matière sur d'éventuelles demandes de renseignements de votre part ou de la part de tiers et que nous ne répondrons qu'aux Autorités saisies de votre dossier.

Veuillez agréer, Madame, Monsieur, nos salutations distinguées.

Office de l'état civil de YY

(signature)

Annexe : ment.

Modèle de décision de refus de reconnaître un mariage célébré à l'étranger (voir chiffres 3.7 et 4.3 des directives) :

Autorité de surveillance de l'état civil de ZZ
Château
9999 ZZ

Notifié en mains propres
Madame E.

Monsieur F.

9999 ZZ, le 15 janvier 2025

Concerne: refus de reconnaître votre mariage

Madame, Monsieur,

En date du 8 janvier 2025, nous avons reçu via notre Représentation suisse à AAA l'acte de mariage célébré à BBB, en vue de reconnaissance et transcription dans les registres de l'état civil suisses.

Nous avons constaté que l'un d'entre vous n'avait pas 16 ans révolus.

Conformément aux articles 32 et 45 de la loi fédérale sur le droit international privé ainsi que 43a du Code civil, nous nous voyons contraints de refuser de reconnaître votre mariage et de communiquer ces faits aux Autorités de poursuites pénales. Le mariage forcé, même célébré à l'étranger, est en effet sévèrement réprimé par l'article 181a du Code pénal.

Les dispositions légales précitées sont reproduites en annexe pour votre information.

La présente communication vous est notifiée par l'intermédiaire des Autorités de poursuites pénales chargées d'instruire ce dossier ; elle constitue une décision qui est susceptible de recours dans les ... jours auprès du Département du Canton de... (adresse).

Nous précisons que nous ne pourrions entrer en matière sur d'éventuelles demandes de renseignements de votre part ou de la part de tiers et que nous ne répondrons qu'aux Autorités saisies de votre dossier.

Veuillez agréer, Madame, Monsieur, nos salutations distinguées.

Autorité de surveillance de l'état civil du Canton de ZZ

(signature)

Annexe : ment.

Modèle de dénonciation aux Autorités de poursuites pénales (voir chiffre 3.7 des directives) :

Office de l'état civil de XX
Hôtel-de-Ville
7777 XX

Recommandé et par télécopie
Ministère public
Palais de justice
7777 XX

7777 XX, le 15 janvier 2025

Concerne : dénonciation d'un cas potentiel de mariage forcé

Madame, Monsieur le Procureur,

En date du 8 janvier 2025, Madame A. et Monsieur B. ont déposé une demande de mariage à notre office.

Selon nos constatations et à première vue, ce projet de mariage ne repose pas sur le libre et plein consentement des fiancés mais pourrait constituer une tentative de mariage forcé au sens de l'article 181a du Code pénal.

Conformément aux articles 43a et 99 du Code civil et des dispositions d'exécution en la matière (voir Directives de l'Office fédéral de l'état civil, jointes à la présente), nous sommes tenus de refuser de célébrer ce mariage et de vous communiquer ces faits. Afin de vous permettre d'instruire l'affaire, nous vous prions de trouver en annexe le dossier complet du mariage, avec un descriptif de nos constatations.

Conformément à l'article 16 alinéa 7 de l'Ordonnance sur l'état civil, nous vous prions de prendre sans délai les mesures de protection nécessaires en faveur des personnes concernées (et du personnel de notre office; à cet égard, nous vous signalons que notre collaboratrice, Madame H., a reçu un appel téléphonique comportant des menaces de mort à peine déguisées; ces propos sont relatés dans notre descriptif précité. Aussi, nous vous prions de prendre également des mesures de protection en faveur de Madame H.).

Par ailleurs, nous joignons deux exemplaires de notre décision de refus de célébrer le mariage / de suspension de la procédure de préparation du mariage que nous vous prions de bien vouloir remettre aux fiancés, directement en mains propres ou de toute autre manière permettant de garantir leur protection. En effet, pour sauvegarder le secret de l'instruction et la protection des personnes concernées, il n'est pas envisageable de leur notifier cette décision par la voie habituelle d'un courrier envoyé à leur domicile ou remis par nos soins.

Conformément à l'article 301 CPP, nous vous saurions gré de bien vouloir nous renseigner des suites données à notre dénonciation et de nous aviser d'une éventuelle transmission de ce dossier à une autre Autorité.

Nous restons bien entendu à votre entière disposition pour tout complément d'information que vous pourriez requérir.

Veuillez agréer, Madame, Monsieur le Procureur, nos salutations distinguées.

Office de l'état civil de XX
(signature)

Annexes : ment.